

# STICHWORT BAYER

Die anderen Informationen  
zu einem multinationalen  
Chemiekonzern



**TITEL:**

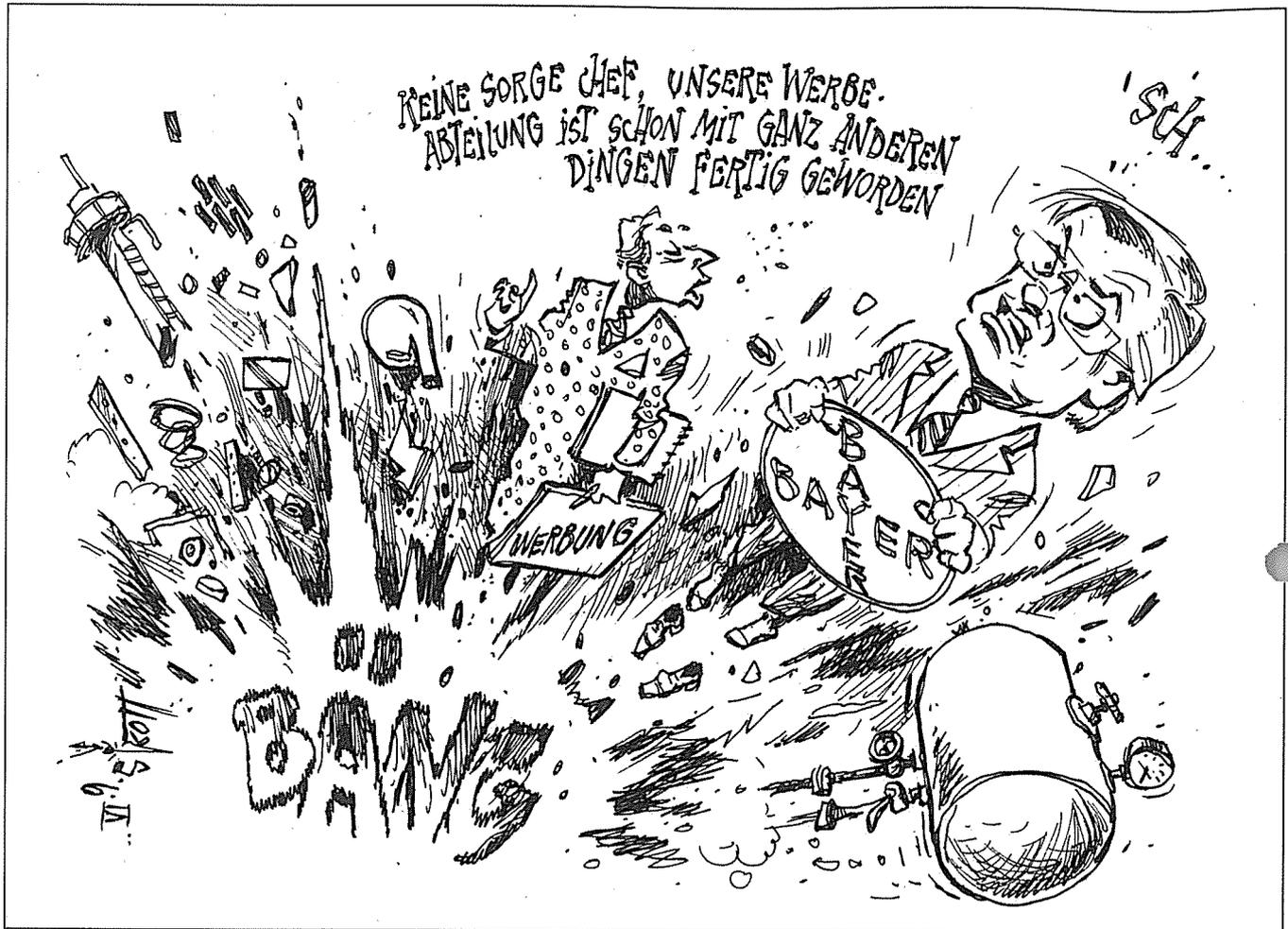
Hauptversammlung

## Aufstand gegen BAYER

**WEITERE THEMEN:**

- Institute: BAYER vor dem US-Kongress
- Pipeline: BAYER verliert Verfahren
- Krise: Düstere BAYER-Pläne





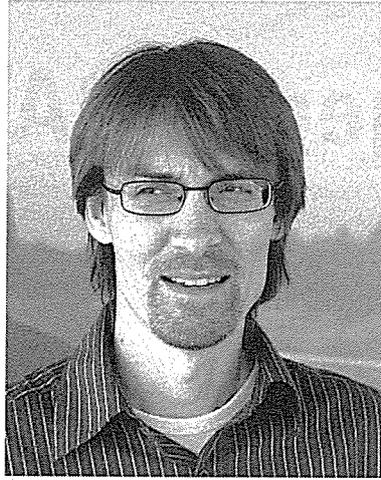
Inhalt

- 4 Hauptversammlung I**  
KritikerInnen bestimmen die Agenda
- 8 Hauptversammlung II**  
Fragen und Antworten
- 14 Hauptversammlung III**  
Die Rede von Karl Murphy
- 18 Hauptversammlung IV**  
Die Rede von Valerie Williams
- 20 Hauptversammlung V**  
Die Rede von Axel Köhler-Schnura
- 23 CBG auf dem Kirchentag**  
Unterschriften gegen Bienensterben
- 24 Institute-Explosion I**  
Kongress lädt BAYER vor

- 28 Institute-Explosion II**  
Der GAU als PR-Problem
- 32 Genreis**  
BAYER will Lizenz für LL62
- 34 Wirtschaftskrise**  
BAYER plant Kapazitätsanpassungen
- 38 CO-Pipeline**  
Vorzeitige Inbetriebnahme abgelehnt

Rubriken

- 3 Editorial**
- 5 Au weia, BAYER!, Promis gegen Profit**
- 7 O-Ton BAYER**
- 25 Impressum**
- 36 Echo, CBG bei der Arbeit**



Markus Freyt gehört dem NIEDERRHEINISCHEN UMWELTSCHUTZVEREIN an ([www.nuv-online.de](http://www.nuv-online.de))

## Liebe Leserinnen und Leser,

die Gefahren der Erderwärmung sind viel höher als bisher bekannt. Zu diesem Schluss kommt der Uno-Klimarat (IPCC) in einer jetzt neu vorgestellten Studie. Demnach ist die weltweite Klimaveränderung weitaus dramatischer als bislang angenommen. Weiter heißt es in dem Bericht der Klima-ForscherInnen, dass sich die Erde demnach gar nicht so stark aufheizen müsse wie bislang gedacht, damit es zu erheblichen Klimaveränderungen mit extremen Wetterlagen kommt.

Doch was hat das mit Krefeld zu tun? Noch im Jahr 2007 hatte der Krefelder Stadtrat, mit Ausnahme der FDP, dem geplanten Kohlekraftwerk in Krefeld Uerdingen zunächst zugestimmt, dann aber letztlich einstimmig abgelehnt - wegen des Klimas: Eine richtige Entscheidung, wie sich jetzt herausstellt. Allerdings rückten die PolitikerInnen von dieser ablehnenden Haltung aufgrund massiven Drucks von Seiten der Industrie immer weiter ab und machten pflaumenweiche Zugeständnisse an den in Krefeld ansässigen BAYER-Konzern als Nutznießer der Dreckschleuder. Die Erneuerung des bestehenden Kraftwerkparks sei schließlich notwendig, hieß es zur Begründung. Dass allerdings das neue Kohlekraftwerk etwa siebenmal größer ist als die Kessel, die BAYER bereit wäre abzuschalten, wird den BürgerInnen dabei gänzlich verschwiegen. Der Klimawandel hat dabei im

weiteren Verlauf der Diskussion in den Fraktionen mit Ausnahme von Grünen/Bündnis 90 scheinbar immer mehr an Bedeutung verloren. So hatte kurz vor Weihnachten zuletzt die CDU-Ratsfraktion ihre ablehnende Haltung gegen das Kohlekraftwerk aufgegeben.

Damit ist die politische Mehrheit im Stadtrat also nun deutlich pro Kohlekraftwerk. Dabei würde diese Anlage neben dem Ausstoß von immensen Feinstaubmengen und Schwermetallen, wie Quecksilber (600kg/Jahr) auch den Kohlendioxid-Ausstoß von Krefeld um 5,2 Millionen Tonnen erhöhen und damit mehr als verdoppeln - ursprünglich gab der Bauherr TRIANEL in seinen Unterlagen lediglich 4,4 Millionen Tonnen an.

Mit Bekanntwerden der neuen IPCC-Studie fordern jetzt bundesweit viele PolitikerInnen, allen voran Umweltminister Sigmar Gabriel, einen noch konsequenteren Einsatz für den Umweltschutz. Und Krefeld? Die Mehrheit der Krefelder PolitikerInnen hält nach wie vor an den guten alten, festgefahrenden Prinzipien fest und will das fossile Kraftwerk weiter durchsetzen. Ein aus der Sicht der Umwelt- und KlimaforscherInnen fataler Fehler, denn schließlich hat sich ja auch in Krefeld das Klima seither nicht verbessert, und global gesehen stellt sich die Situation schon jetzt deutlich dramatischer dar, als noch vor einem Jahr angenommen.

Also müssen wir jetzt handeln, um das Schlimmste zu verhindern. Wir können also nur hoffen, dass sich der Krefelder Stadtrat endlich der Kritik der Bevölkerung, der Ratsfraktionen der umliegenden Städte und der UmweltschützerInnen öffnet und sich zum Beispiel an dem Düsseldorfer Stadtrat orientiert. Dieser hatte ein ähnliches Kraftwerk abgelehnt und wurde dafür von der Bevölkerung gefeiert. Die Krefelder Naturschutzverbände jedenfalls werden noch massiver zum offenen Dialog mit der Krefelder und Duisburger Bevölkerung aufrufen: „Wir werden unsere Öffentlichkeitskampagne weiterverfolgen, um die Menschen in Krefeld und Duisburg über die Gefährdungen durch das Kohlekraftwerk zu informieren“, haben diese erklärt. Denn eines gilt auch als sicher: Analog zur Finanzkrise zahlen am Ende die BürgerInnen die Zeche: Zum einen durch den Klimawandel und dessen massive Auswirkungen auf unsere Umwelt und zum anderen durch höhere Stromrechnungen, da Kohlekraftwerke im Rahmen des Emissionshandels mit Verschmutzungsrechten künftig stärker zur Kasse gebeten werden dürften.

KritikerInnen dominieren HV

# „Aufstand gegen BAYER“



Gruppenfoto der ProtestlerInnen vor der Hauptversammlung

*Ist das noch ein AktionärInnen-Meeting oder schon ein Klassentreffen konzern-kritischer Gruppen, zu dem ein multinationaler Konzern freundlicherweise praktischen Anschauungsunterricht in Sachen „real existierender Kapitalismus“ beisteuert? Diese Frage drängte sich angesichts der massiven Hauptversammlungspräsenz von Initiativen wie ATTAC, GREENPEACE, ÄRZTE OHNE GRENZEN, von BienenzüchterInnen, Pipeline-AnliegerInnen und anderen BAYER-Leidtragenden auf. Pillen-Opfer scheuten nicht einmal die Anreise aus England, und der ehemalige Pharma-Vertreter Alfredo Pequito, der die korrupten Marketing-Praktiken des Multis nicht mittragen wollte, flog extra aus Portugal ein. „Aufstand gegen BAYER“ überschrieb der Express deshalb folgerichtig seinen Artikel zum antikapitalistischen Großereignis.*

Von Jan Pehrke

Ein äußerst vielgestaltiger „Aufstand gegen BAYER“ (*Express*) hatte sich da am 12. Mai vor der Halle 8a der Düsseldorfer Messe zur Hauptversammlung des Leverkusener Multis eingefunden: GegnerInnen der Kohlenmonoxid-Pipeline waren mit ihrem fahrbarem Protestzug, einem Traktor mit Anhänger, vorgefahren, ImkerInnen

erinnerten mit einer Grabstelle an den millionenfachen Bientod durch das Pestizid PONCHO, KommunistInnen riefen mit einem Transparent zu „Widerstand gegen BAYER global“ auf, die beiden Pharma-Opfer Karl Murphy und Valerie Williams konfrontierten die AktionärInnen mit ihrem Schicksal und mittenmang die

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN. Um das Eingangsfeld nicht kampfflos den Konzern-KritikerInnen zu überlassen, sah sich der Multi erstmals genötigt, einen Angestellten mit einer kleinen Broschüre für die Unternehmenssicht der Dinge werben zu lassen - eine mehr als undankbare Aufgabe an diesem Tag.

Den beschwerlichsten Weg zur Hauptversammlung hatten Karl Murphy und Valerie Williams auf sich genommen, nicht nur weil sie aus dem fernen England anreisten. Sie wollten erstmals demjenigen Konzern auf Augenhöhe gegenüberreten, dessen Tochtergesellschaft SCHERING ihnen das Leben bis heute so schwer macht. Diese hatte nämlich in den fünfziger Jahren den Schwangerschaftstest PRIMODOS auf den Markt gebracht, der zu Fehlgeburten und Fehlbildungen führte. „Ich habe eine Gaumenspalte und an meinen beiden Händen fehlen Finger. An meinem linken Fuß fehlen alle Zehen, an meinem rechten Fuß fehlt ein Zeh“, diese „Nebenwirkungen“ des in der Bundesrepublik unter dem Namen DUOGYNON verkauften PRIMODOS zählte Karl Murphy in seiner vom CBGler Hubert Ostendorf übersetzten Rede auf. Mehreren langwierigen Operationen hatte Murphy sich in seiner Kindheit zu unterziehen, und in der Schule wurde er zum Außenseiter. Mit Spottnamen wie „Hummer-Hand“, „Haxen-Hand“ oder „Lustiger Finger“ belegten ihn die Klassenkameraden, erzählte Murphy, und auf seine Bewerbungen erhielt der Liverpools später wegen seiner Behinderungen immer wieder Absagen.

MedizinerInnen hatten schon früh vor dem Hormonpräparat gewarnt, 1968 wandten sich sogar SCHERING-PharmakologInnen selber besorgt an die Berliner Zentrale, aber erst seit Mitte der 70er Jahre warnte das Unternehmen schwangere Frauen vor einer Einnahme, natürlich ohne die Ver-

**BAYER-Chef Wenning: „Während Teile der Politik glauben, Unternehmen für wettbewerbsfähige Renditen kritisieren zu müssen, sind wir stolz auf das operativ erfolgreichste Jahr in der langen Geschichte von BAYER“**

antwortung für die bisherigen Geburtschäden zu übernehmen. Murphy hat seine Hoffnung allerdings noch nicht aufgegeben. „Ich meine, dass die Übernahme von SCHERING durch BAYER der richtige Moment ist, auf die Opfer von PRIMODOS zuzugehen“, sagte er zum Abschluss, „Bitte denken Sie an Ihre eigenen Kinder und stellen Sie sich vor, wie diese mit den Schwierigkeiten und dem Spott klarkommen müssten, dem meine Familie und ich täglich ausgesetzt sind“, um dann eine

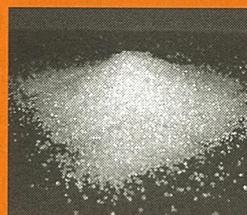
Entschuldigung und eine Entschädigung einzufordern.

Wie sich der Fall „PRIMODOS“ aus Sicht einer betroffenen Mutter darstellt, schilderte Valerie Williams, abermals mit Hilfe Hubert Ostendorfs. „Für mich als Mutter war es herzerreißend, als sich mein Sohn mit sechs Jahren vollkommen von seiner Umgebung abkapselte. Wegen der zahlreichen Operationen konnte er sein Leben mental und physisch nicht mehr bewältigen“, so Williams. Da es Tausenden Eltern ähnlich erging - dem britischen Kinderarzt Claus Newman zufolge haben Schwangerschaftstests auf Hormon-Basis mehr Schaden angerichtet als CONTERGAN - gründete die Britin 1978 die ASSOCIATION FOR CHILDREN DAMAGED BY HORMONE PREGNANCY TESTS. Da klingelten bei SCHERING die Alarmglocken: Umgehend bot der Pharma-Riese einen Vergleich an. Er verlangte allerdings von Valerie Williams, ein Schweigegelübde abzulegen, ganz so wie es BAYER später auch LIPOBAY-Opfern zur Bedingung machte. Williams lehnte dankend ab und wertete das unmoralische Angebot als ein Schuldeingeständnis. „Der Vergleich, der mir angeboten wurde, zeigt, dass PRIMODOS für die schrecklichen Schäden meines Sohnes verantwortlich war“, konstatierte sie und schloss sich den Forderungen Karl Murphys an.

BAYER reagierte auf die beiden Reden mit Beileidsbekundungen, blieb in der Sache aber hart. „Wir bedauern ihr Schicksal und das ihres Sohnes“, antwortete BAYER-Chef Werner Wenning Valerie Williams, „Wir schließen PRIMODOS als Ursache für embryonale Missbildungen jedoch aus“. Auch Murphys Beitrag hat ihn tief bewegt, allein: „Die Fakten und die Rechtslage sind eindeutig. Ein ursächlicher Zusammenhang konnte nicht nachgewiesen werden“.

Bei seiner Entgegnung auf den Insider-Report über Pharma-Korruption vom ehemaligen BAYER-Angestellten Alfredo Pequito aus Portugal, der für seine Rede ebenso wie Karl Murphy und Valerie Williams eine weite Strecke zurückgelegt hatte, brauchte Wenning dann keine Rücksichten mehr zu nehmen. „Wir wehren uns gegen die Anschuldigungen“, so der Ober-BAYER ungehalten. Diese Anschuldigungen füllen jedoch vier dicke Akten-Bände, wie Pequito berichtete, denn der Leverkusener Multi überließ bei sei-

## Au weia, BAYER



ASPIRIN wartet zwar mit nicht wenigen Risiken und Neben-

wirkungen auf, aber die Massenpanik, die der Werbeversand von 33.000 Proben des „Tausendsassas“ in Pulverform auslöste, hatte dann doch andere Gründe. Die Menschen fühlten sich an die Anthrax-Erreger erinnert, die nach dem 11. September 2001 ebenfalls in Briefform verschickt wurden, und alarmierten umgehend die Behörden. „Die Polizeistationen wurden mit Anrufen regelrecht überflutet“, klagte der Dienststellenleiter John J. Romero, „Die Anthrax-Angst ist noch in den Köpfen der Leute (...) und ich denke, das Unternehmen hätte sich dessen bewusst sein müssen“. Der Leverkusener Multi verdiente sich damals zwar eine goldene Nase mit CIPROBAY als Anthrax-Gegenmittel und brachte dabei die US-Administration durch die Wucherpreise so gegen sich auf, dass sogar ein Patentzug drohte, aber beim Konzern reichte all dies offenbar nicht, um im Gedächtnis haften zu bleiben.

## Promis gegen Profit



„Und wenn sie denken, es wird schon irgendwie funktionieren, weil sie ein gentechnisches Verfahren nach dem anderen ent-

wickeln, dann bin ich nicht dabei, denn das wird garantiert das größte Umweltdesaster aller Zeiten verursachen.“

*Prince Charles über die Gen-Multis in einem Interview mit dem Daily Telegraph*



ner „Verkaufsförderpolitik“ nichts dem Zufall. Er hielt seine Angestellten dazu an, Dossiers über die politische Einstellung von MedizinerInnen, ihre Hobbys und sexuelle Vorlieben anzulegen, um den Bestechungsofferten eine persönliche Note geben zu können. Alfredo Pequito wollte das nicht mitmachen - und bekam die Kündigung. „Sie kaufen keine Ärzte, Sie hinterlegen kein Geld in Reisebüros, Sie reichen keine überhöhten Rechnungen ein, Sie kaufen keine Elektrogeräte für die Ärzte, die Sie betreuen. Sie akzeptieren also unsere Strategie nicht - damit dienen Sie dem Unternehmen nicht“, diese Worte wählte Pequito zufolge sein Chef zur Begründung des Rausschmisses. Der Pharma-Vertreter legte Rechtsmittel ein und machte die Praktiken öffentlich, aber BAYER saß am längeren Hebel. Der Global Player engagierte eine Kanzlei, deren Teilnehmer der damalige portugiesische Präsident, der Justiz- und der Verteidigungsminister waren. Die beiden Erstgenannten verkündeten dann 1999 eine Generalamnestie, weshalb nur einige ÄrztInnen in Staatsdiensten für ihren allzu BAYER-freundlichen Rezeptblock büßen mussten. „Die wirtschaftliche Macht ist augenscheinlich mit der politischen Macht eng

verbündet“, so lautete das Resümee Alfredo Pequitos.

Der Bund zur Durchsetzung der umstrittenen Kohlenmonoxid-Pipeline, den der Chemie-Multi und die nordrhein-westfälische Landesregierung geschlossen haben, heißt Vertrag und geht zu Lasten Dritter, was BAYER und den ca. 4.000 AktionärInnen an diesem Dienstag vor und während

**„Wir bedauern ihr Schicksal und das ihres Sohnes“, antwortete BAYER-Chef**

**Werner Wenning Valerie Williams,**

**„Wir schließen PRIMODOS als**

**Ursache für embryonale Missbildungen jedoch aus“**

der Hauptversammlung deutlich demonstriert wurde. Gleich fünf Gegenreden beschäftigten sich mit der Giftgas-Leitung. Axel Köhler-Schnura vom Vorstand der CBG ordnete den Bau in einen größeren Zusammenhang ein und zog eine Parallele zu Kohlekraftwerk-Projekten und dem Betrieb von solch gefährlichen Anlagen wie der in Institute, wo im letzten August bei einer großen Explosion zwei Beschäf-

tigte gestorben waren. Warum dem Unternehmen die Folgen seiner Geschäftspolitik für Mensch, Tier und Umwelt äußerlich bleiben müssen, verdeutlichte der Diplom-Kaufmann, indem er die Konzern-Herren selbst darüber sprechen ließ, was die BAYER-Welt im Innersten zusammenhält. „Unser Job ist der Profit“, diese Worte des Aufsichtsratsvorsitzenden Manfred Schneider zitierte Köhler-Schnura und gleich im Anschluss die noch bezeichnendere Äußerung Wennings aus dem *Spiegel*: „Ein wenig ‚gesunde‘ Gier ist sogar ganz nützlich und natürlich“.

Mitten in der Wirtschaftskrise hat Wenning dieses kapitalistische Glaubensbekenntnis abgelegt und - damit es noch ein bisschen Gier mehr sein darf - gefordert: „Es wäre deutlich besser, jetzt jene Bremsen zu lösen, die das Wachstum behindern“. Thomas Eberhardt-Köster von ATTAC kamen solche Aussagen „wie die Wahnräume eines auf den Abgrund Zursenden vor, der kurz vor dem Ende noch einmal den ultimativen Kick verspüren will“. Aber der Vorstandsvorsitzende ignorierte den Weckruf des Globalisierungskritikers. „Wir brauchen mehr Markt und nicht weniger“, antwortete er Eberhardt-

# KRITIK POLITIK FEMINISMUS

# AUF

## EINE FRAUENZEITSCHRIFT

Naturwissenschaftlerinnen: Hedy Lamarr, Frequenzsprungverfahren | Laura Bassi, Mathematik & Physik



Wangari Maathai, Biologin | Marie-Louise Bourgeois, Hebamme & Chirurgin

**4 Schwerpunktheft im Jahr mit Info-Beilage**

**Jahresabo Österreich 19 Euro | Europa 23 Euro**

Kleeblattgasse 7  
1010 Wien  
☎+43/1/533 91 64

**www.auf-einefrauenzeitschrift.at**  
**auf@auf-einefrauenzeitschrift.at**



Köster. Eine Abkehr von der sozialen Marktwirtschaft wäre fatal, so Wenning. „Soziale Marktwirtschaft“, davon reden die ManagerInnen in diesen Tagen gerne, um das schmutzige und neuerdings so übel beleumdete Wort „Kapitalismus“ nicht in den Mund nehmen zu müssen. „Kapitalismus“ gibt es nur bei den anderen, und die haben uns Wenning zufolge auch die ganzen Probleme eingebrockt. „Die Ursachen für die Krise lagen in den USA“, erklärte der Große Vorsitzende und sah deshalb auch keinen Grund zur Selbstkritik. „Konzern-Strategie bewährt sich in schwierigem Umfeld“, lautete die Überschrift seiner Hauptversammlungsrede. Und „Weiter so“, hieß die Parole: „In diesen Zeiten, in denen es populär - oder besser gesagt: populistisch - ist, dem Management von Unternehmen Versagen oder mangelnde moralische Orientierung vorzuwerfen, werden wir an diesem Kurs des nachhaltigen Wirtschaftens festhalten“. Nachhaltig ist dabei nur der Profit, aber auch das focht Wenning nicht an. „Während Teile der Politik glauben, Unternehmen für wettbewerbsfähige Renditen kritisieren zu müssen, sind wir stolz auf das operativ erfolgreichste Jahr in der langen Geschichte von BAYER“, beglück-

wünschte er sich selber zu fast sieben Milliarden Euro Gewinn. Die sind in dem „schwierigen Jahr“ 2009 womöglich nicht wieder drin. Trotzdem gab sich Wenning optimistisch. Im Kunststoff-Geschäft, das unter der aus dem US-amerikanischen Reich des Bösen gekommenen Krise derzeit besonders leidet, wählte er die Talsohle zudem bereits durchschritten. So konnte er schon mal den „Aufsetzpunkt nach der Krise“ ins Visier nehmen und sich fragen: „Mit welchen Anpassungen müssen wir dann reagieren?“. Die Antwort gab er sich gleich selbst. „Dabei benötigen wir sicherlich mehr Flexibilität - bei den Löhnen, bei den Arbeitszeiten und bei den Einsatzorten“, stellte er fest und verdeutlichte damit unmissverständlich, auf wen der Konzern Anpassungsdruck auszuüben gedenkt.

Also alles beim Alten beim BAYER? Nur fast, denn am Ende des langen Tages stimmten 2,1 Millionen Aktien gegen eine Entlastung des Vorstandes und scherten damit aus der zum überwiegenden Teil von Banken und GroßaktionärInnen verwalteten 450 Millionen-Herde aus. Da muss dann wohl von den 15 Gegenreden zu Pipeline, Gentechnik, Konzern-Korrup-

**O-Ton BAYER**



„Ob ich jetzt fünfzigmal so viel verdiene oder mehr oder weniger, das ist nicht die Frage, das sind doch Scheingefechte.“

*BAYER-Chef Werner Wenning*

tion, unverantwortlicher Unternehmensführung, Geheimverträgen mit Universitäten, Beschränkung der Arznei-Produktion in der „Dritten Welt“, Bienensterben, Beinahe-Katastrophen in Werken, gemeingefährlichen Medikamenten, BAYERs Krisenmanagement und Kohlekraftwerken doch irgendetwas hängen geblieben sein.

**Kämpfen Sie mit uns für eine lebenswerte Zukunft!**

*Konzern-Willkür beenden!*



*Wir zeigen, was dahinter steckt!*

## Abonnieren Sie STICHWORT BAYER.

STICHWORT BAYER - viermal jährlich über Konzern-Widerstand und Problemanalysen. Spannend, informativ und faktenreich.

1978 - 2008  
**30 Jahre CBG**  
www.CBGnetwork.org  
Coordination gegen BAYER-Gefahren

---

**Ja, ich möchte Stichwort BAYER abonnieren für jährlich  Euro**

Personen mind. 30,00 Euro, Gruppen/Firmen/Institutionen etc. mind. 60,00 Euro, höhere Beträge sind erbeten).

**Coupon bitte zurücksenden an**  
Coordination gegen BAYER-Gefahren  
Postfach 1504 18, 40081 Düsseldorf  
Fax 02 11 - 33 39 40, CBGnetwork@aol.com

**www.CBGnetwork.org**

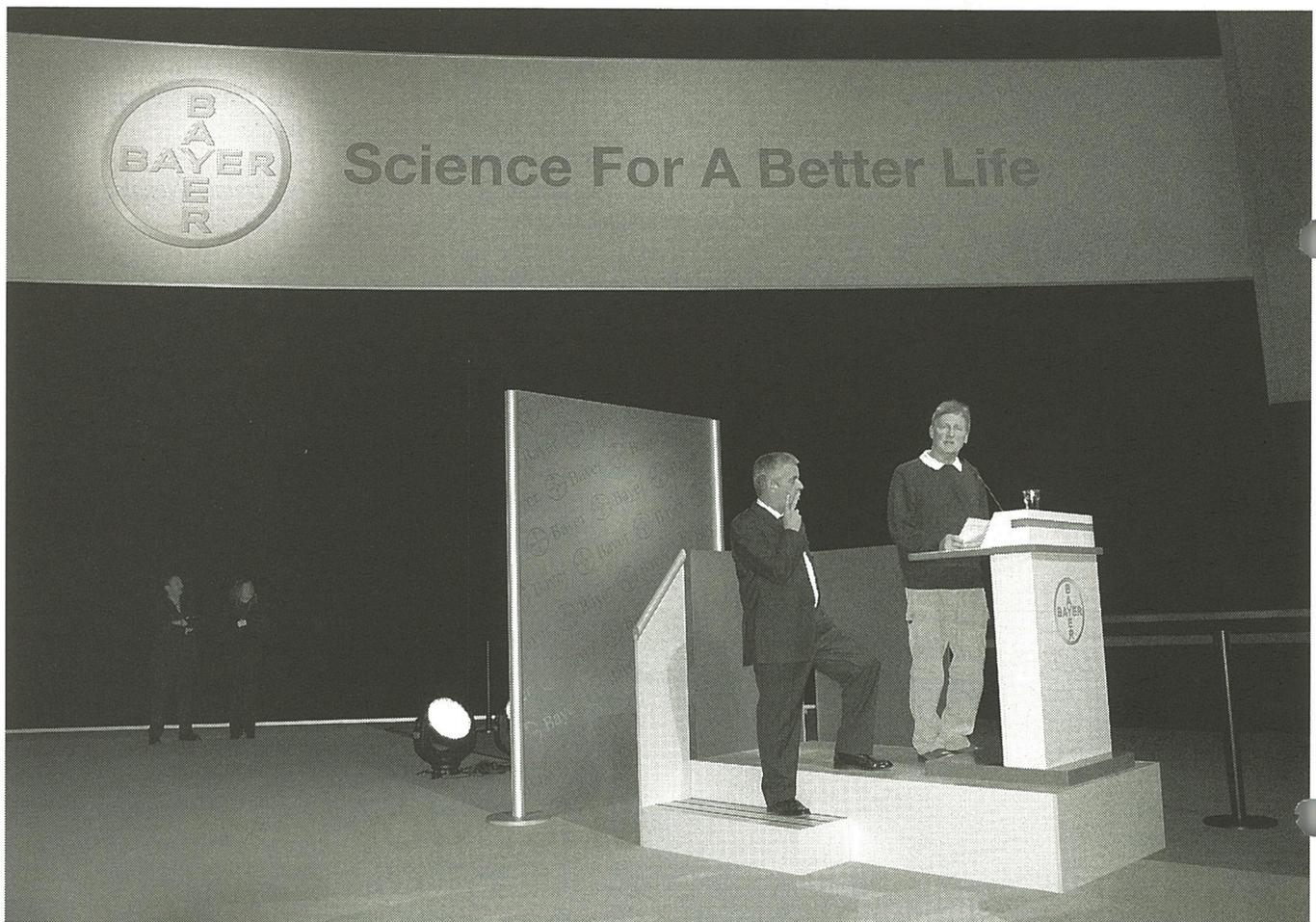
Die Abo-Gebühr soll  monatlich  vierteljährlich  halbjährlich  jährlich abgebucht werden.

**Bitte Absender angeben und Lastschrift zur Abbuchung der Abo-Gebühr ausfüllen. Danke.**

<input type="text"/>	<input type="text"/>
<small>Name, Vorname</small>	<small>Geburtsjahr</small>
<input type="text"/>	<input type="text"/>
<small>Straße, Hausnr.</small>	<small>PLZ, Ort</small>
<input type="text"/>	<input type="text"/>
<small>Geldinstitut</small>	<small>Bankleitzahl</small>
<input type="text"/>	<input type="text"/>
<small>Konto-Nr.</small>	<small>Datum/Unterschrift</small>
<input type="text"/>	<input type="text"/>

Wenning kanzelt KritikerInnen ab:

# „Ein Sammelsurium subtiler Unterstellungen“



Alfredo Pequeto (links) mit dem CBGler Friedhelm Meyer am RednerInnen-Pult

*Die BAYER-Hauptversammlung in Großaufnahme: Was die KonzernkritikerInnen genau sagten und fragten und worauf sich die Antworten des Vorstandsvorsitzenden Werner Wenning im Einzelnen beschränkten.*

*Von Jan Pehrke*

Die Ouvertüre zu der Art, wie BAYER-Chef Werner Wenning später mit den 15 KonzernkritikerInnen auf der Hauptversammlung umgehen sollte, erklang schon in seinen Statements zu den zahlreichen Ge-

genanträgen im Anschluss an seine Eingangssrede zur Lage des Konzerns. Den Vergleich der im August 2008 nur knapp an einer Katastrophe vorbeigeschlitterten Anlage in Institute mit der von Bhopal

nannte er „völlig abwegig“ und den Vorwurf mangelhafter Sicherheitsvorkehrungen „nicht stichhaltig“. Falschaussagen von Konzern-Beschäftigten in den zahlreichen Patentraub-Verfahren, die der Erfin-

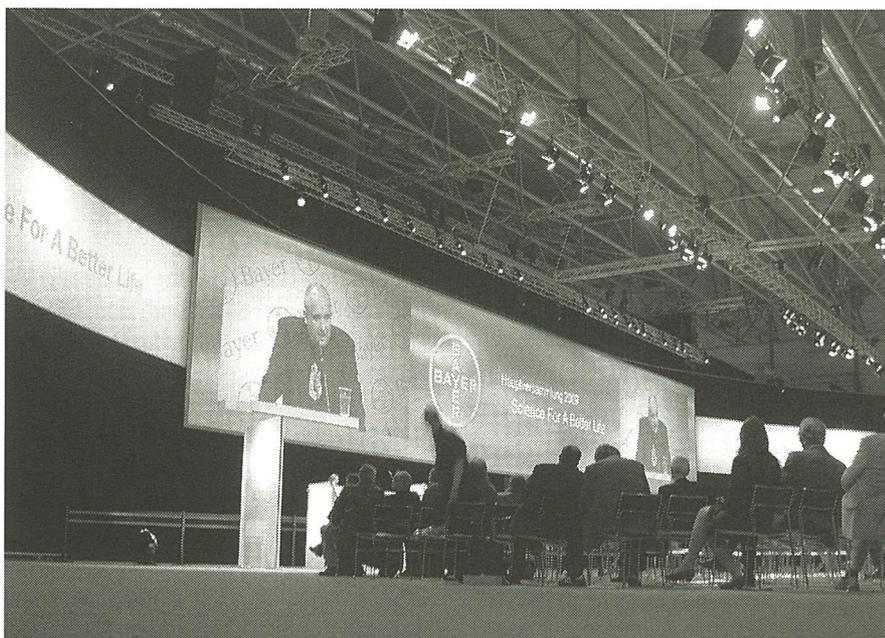
der Heinz Süllhöfer gegen den Leverkusener Multi schon angestrengt, hat es ebenfalls nicht gegeben. „Meineide weisen wir auf das Schärfste zurück“, so der Ober-BAYER. Und die umstrittene Kohlenmonoxid-Pipeline ist für ihn natürlich auch nicht unnötig und gefährlich, sondern „das beste Transportmittel für flüssige und gasförmige Stoffe“.

### „Ein üblicher Vorgang“

Dem widersprach nicht nur Harald Jochums vom NIEDERRHEINISCHEN UMWELTVERBAND (NUV) heftig. „Die CO-Pipeline gefährdet potentiell das Leben von vielen Menschen, die von der eigenen Landesregierung und der BAYER AG gezwungen werden, an dieser Pipeline zu leben, darunter insbesondere unsere Kinder, führt die Trasse doch bisweilen direkt an den Gartenzäunen von Kindergärten und Schulen vorbei“, führte Jochums aus. Trotzdem hat BAYER beim Bau nochmal an der Sicherheit gespart. Der Konzern verwendete nämlich nicht wie ursprünglich vorgesehen 80cm breite Schutzgitter, sondern nur 60cm breite, verlegte teilweise dünnere Rohre als vorgesehen und änderte nach Gutdünken den Verlauf der Leitung. „So schaffen Sie kein Vertrauen, Herr Wenning“, hielt Rainer Kalbe von der Bürgerinitiative STOPP CO-PIPELINE dem BAYER-Chef vor.

Und alles andere als eine vertrauensbildende Maßnahme ist für Marlis Elsen von der FAMILIENHEIMSIEDLUNG LEHMKUHLER WEG e. V. auch der Eilantrag des Chemie-Multis zu vorzeitigen Inbetriebnahme der Pipeline, mit welcher das Unternehmen die für die Genehmigung zuständigen RichterInnen vor vollendete Tatsachen stellen will. Sollte der durchkommen, so wäre das für sie ein Zeichen dafür, dass „die Wirtschaft endgültig die Diktatur in dem Land übernehmen“ würde.

Werner Wenning sah hingegen in dem - knapp zwei Wochen nach der Hauptversammlung abgelehnten - Eilantrag „ein gängiges rechtliches Mittel“, und auch die von Rainer Kalbe monierten Abweichungen von den Planvorgaben waren für ihn ein „bei komplexen Maßnahmen üblicher Vorgang“. Also kein Grund zur Beunruhigung. Und wenn wider Erwarten doch mal etwas passiert, dann gilt es nach Ansicht Wennings ruhig Blut zu bewahren: „Radio einschalten, Lautsprecheransagen hören und entsprechend reagieren“.



Guido Strack vom WHISTLEBLOWER NETZWERK e. V.

### Sicherheit „top“

In Institute ist im letzten Sommer ein solcher Ernstfall eingetreten, und BAYER war denkbar schlecht gerüstet, wie Philipp Mimkes von der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN berichtete. „Schockwellen wie ein Erdbeben“ hat die Explosion in einer Pestizidproduktion Mimkes zufolge ausgelöst und zwei Beschäftigte das Leben gekostet. Ein Katastrophenplan existierte offenbar nicht. „Wir bekamen aus dem Werk nur dürftige Informationen. Das ist vollkommen wertlos“, zitierte der CBGler den Bezirkspräsident Kent Carper. Mimkes, der schon auf der letzten Hauptversammlung die mangelhafte Sicherheitslage in Institute kritisiert hatte, sah sich durch die Untersuchungsberichte zum Ereignis bestätigt. Diese hatten nämlich vorsätzlich deaktivierte Sicherheitssysteme und defekte Detektoren entdeckt. Wäre der hochgegangene Rückstandsbehälter auf seinem Weg der Zerstörung durch das BAYER-Gelände auf die nur 20 Meter vom Unglücksort entfernten Tanks mit der Bhopal-Chemikalie Methylisocyanat (MIC) getroffen, so „hätten die Konsequenzen das Desaster in Bhopal 1984 in den Schatten stellen können“, stellte das Waxman-Komitee bei einer Anhörung im US-Kongress zum Fall laut Mimkes fest. Dort gestand ein BAYER-Manager unter Eid auch, dass das Management Anti-Terrorgesetze nur vorgeschoben habe, um bestimmte Dokumente nicht herausgeben zu müssen, die für negative Schlagzeilen oder gar zur Forderung nach einem MIC-Produktionsstopp hätten führen können.

Und diese zurückgehaltenen Dokumente hatten es wirklich in sich. Philipp Mimkes zitierte aus einer „Teile und Herrsche“-Strategie, welche die KritikerInnen spalten und gezielt Desinformationen verbreiten wollte, während der Konzern den Standort zur Besänftigung mit einer „Brot und Spiele“-Offensive zu beglücken trachtete.

Obwohl der CBG-Vorständler der Hauptversammlung das alles schwarz auf weiß präsentierte, sah Wenning die Vorwürfe als unberechtigt an: „Die Darstellung, BAYER habe versucht, den Behörden Informationen vorzuenthalten, ist falsch“. Ansonsten war für ihn alles halb so schlimm. Die Bevölkerung war seiner Meinung nach zu keinem Zeitpunkt gefährdet und zu Umweltbeeinträchtigungen ist es angeblich auch nicht gekommen. Trotz der zwei Toten besaß der BAYER-Boss sogar die Dreistigkeit, von einem „Top-Standard“ bei den Sicherheitsbedingungen zu sprechen. Für die Untersuchungen, die den Fall „Institute“ sogar vor den Kongress gebracht haben, hatte er auch eine nette Umschreibung übrig: Man sei „in Kontakt mit den zuständigen Behörden“.

### „unglückliche Umstände“

Mit einem anderen Desaster beschäftigte sich Christoph Koch vom „Deutschen Berufs- und Erwerbsimkerbund“. „Als einer der betroffenen Berufsimker hier in Deutschland muss ich Sie hier heute mit der Frage konfrontieren, wie es möglich sein konnte, dass das legal zugelassene





Beizmittel PONCHO bzw. PONCHO PRO dieses Konzerns allein in der BRD weit über 12.000 Bienenvölker nachweislich vergiften konnte", so Koch. Ausreden wie „fehlerhafte Beize“, „fehlerhafte Sämaschinen“ und „Bienenkrankheiten“ wollte er dabei nicht gelten lassen. Genau mit diesen versuchte es Werner Wenning dann aber. Eine „Verkettung unglücklicher Umstände“ habe zu dem Bienensterben

geführt, das er natürlich außerordentlich bedauerte, auch wenn es nur „ein lokales Ereignis“ war. Aber er beruhigte: „Wir schließen eine Wiederholung aus“. Blanker Hohn angesichts des neuerlichen Bienensterbens in Österreich.

**Genreis „sicher“**

Ein anderes „höchst riskantes Geschäftsfeld“ setzte Philipp Strohm von GREENPEACE ÖSTERREICH auf die Agenda der Hauptversammlung: die Gentechnik. Im Jahr 2006 gelangte nicht zugelassener Gen-Reis von BAYER in handelsüblichen Supermarkt-Reis. Die Ursachen für den Gen-GAU sind noch immer unbekannt. Trotzdem strebt der Leverkusener Chemie-Multi gerade die Zulassung der Sorte LL62 an, der die Gen-WerkerInnen eine Immunität gegen den Pestizidwirkstoff Glufosinat eingebaut haben, eine laut Europäischer Lebensmittelbehörde das Fortpflanzungsvermögen beeinträchtigende und besonders für Kleinkinder gefährliche Substanz. „Und deshalb frage ich Sie heute, bevor es zu spät ist: Sehr geehrter Herr Wenning, wie können Sie es verantworten, ein gentechnisch verändertes Lebensmittel vermarkten zu wollen, von dem sie bereits jetzt wissen, dass es ein

Gesundheitsrisiko birgt?“, pochte Strohm auf eine Erklärung. Seine Mängelliste war damit aber noch längst nicht abgearbeitet. Als Wundermittel gegen die Lebensmittelknappheit hat der jüngste Weltagrarbericht die Gentechnik Strohm zufolge gerade entzaubert, und die Erträge der manipulierten Pflanzen kämen auch nicht an die der konventionell gezüchteten Ackerfrüchte heran. Deshalb gab es für den Gentechnik-Gegner nur eine Lösung: Ausstieg aus der Risikotechnologie!

Dazu war Werner Wenning erwartungsgemäß nicht bereit. Der BAYER-Chef stand in Treue fest zu seiner „Zukunftstechnologie“, Auf diese „dürfen wir nicht aus ideologischen Gründen verzichten“, mahnte er. Nicht einmal der Genreis-GAU sprach für ihn gegen die „schöne, neue Gen-Welt“, denn: „Ein Fehlverhalten konnte nicht festgestellt werden“. Neuerliches Ungemach mit LL62, der „weltweit als sicher eingestuft“ ist, schloss er aus. Der Weltagrarbericht focht den Großen Vorsitzenden ebenfalls nicht an; er „verkennt die Möglichkeiten“ der Gentechnik bei der Lösung der Nahrungsmittel-Probleme in der „Dritten Welt“, so sein Urteil.

*Konzern-Willkür beenden!*

**Kämpfen Sie mit uns für eine lebenswerte Zukunft!**

**Bestellen Sie zusätzliche Freiverkaufs-Exemplare.**

Helpen Sie bei der Verbreitung von STICHWORT BAYER.  
Je mehr Menschen informiert werden,  
desto wirksamer die öffentliche Kontrolle.

1978 - 2008  
**30 Jahre CBG**  
www.CBGnetwork.org  
Coordination gegen BAYER-Gefahren

*Wir zeigen, was dahinter steckt!*

---

Ja, ich habe bereits abonniert und bestelle zusätzlich

Bitte Absender angeben und Lastschrift zur Abbuchung der Zusatzbeträge ausfüllen. Danke.

<input style="width: 95%;" type="text"/>	<input style="width: 95%;" type="text"/>
<small>Name, Vorname</small>	<small>Geburtsjahr</small>
<input style="width: 95%;" type="text"/>	<input style="width: 95%;" type="text"/>
<small>Straße, Hausnr.</small>	<small>PLZ, Ort</small>
<input style="width: 95%;" type="text"/>	<input style="width: 95%;" type="text"/>
<small>Geldinstitut</small>	<small>Bankleitzahl</small>
<input style="width: 95%;" type="text"/>	<input style="width: 95%;" type="text"/>
<small>Konto-Nr.</small>	<small>Datum/Unterschrift</small>

**Zusatzexemplare**

je Ausgabe zum Vorzugspreis von nur 1,50 je Heft (regulärer Verkaufspreis 8,00 Euro)

**Coupon bitte zurücksenden an**  
Coordination gegen BAYER-Gefahren  
Postfach 150418, 40081 Düsseldorf  
Fax 0211 - 333940, CBGnetwork@aol.com

[www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)

## Patente „essenziell“

Wie wenig BAYER sich indessen um das Schicksal der Menschen in den armen Staaten schert, legte Oliver Moldenhauer von ÄRZTE OHNE GRENZEN dar. Der Pharma-Riese hat nämlich rechtliche Schritte gegen die indische Medikamenten-Zulassungsstelle eingeleitet, da diese dem einheimischen Unternehmen CIPLA die Genehmigung für ein Nachahmer-Präparat des BAYER-Krebsmittels NEXAVAR erteilt und damit angeblich Patentrechte des Leverkusener Multis verletzt hätte.

Mit dieser Klage verhindert der Konzern nach Moldenhauers Meinung die Versorgung der Menschen in den „Entwicklungsländern“ mit erschwinglichen Arzneien. Er kritisierte die teure Pillen-Monopole schaffende Patent-Politik BAYERs im Allgemeinen und die „negative Vorreiterrolle“, die der Gen-Gigant dabei spielt, den indischen Herstellern von Generika-Produkten rechtliche Schwierigkeiten zu bereiten, im Besonderen. „Wir brauchen Generika aus Indien. Halb Afrika hängt davon ab“, mahnte er und appellierte an den Vorstand: „Hindern Sie unsere Ärzte nicht daran, Menschenleben zu retten“.

Aber der Vorstandsvorsitzende war nicht zu erweichen. Zu dem schwebenden Ver-

fahren wollte er sich nicht äußern, deshalb blieb er beim Grundsätzlichen. Für BAYER ist „der Schutz des geistigen Eigentums essenziell“, erklärte er und sagte auch gleich, warum: Der Konzern mache „40 Prozent seines Umsatzes mit geschützten Verfahren“.

## Kein Kommentar

Dieses „geistige Eigentum“ ist aber selber nur Frucht eines Aneignungsprozesses. So hat der Pharma-Riese mit der Universität Köln und über 800 anderen Hochschulen und Forschungseinrichtungen Kooperationsabkommen geschlossen, um sich „Zugang zu Wissen“ zu sichern. Der Verfasser dieser Zeilen verlangte in seiner Rede eine Offenlegung des Pharmaforschungsvertrages mit der Kölner Universitätsklinik und genaue Informationen zu den einzelnen Vereinbarungen. Aber Wenning mauerte. Er gab weder Auskünfte zur Regelung der Besitzansprüche an den Erfindungen oder zum Recht der Universität, auch über fehlgeschlagene Experimente zu berichten, noch überhaupt zum angestrebten Primat der Wirtschaft über die Wissenschaft. „Hier halten wir uns sowohl an die rechtlichen wie auch an die vertraglichen Vorgaben“,



lautete die Begründung für das große Schweigen.

## Keine Schweigekultur

Von einer ganzen „Kultur des Schweigens“ bei BAYER sprach Guido Strack vom WHISTLEBLOWER NETZWERK e. V.. Der Leverkusener Multi hat sich zwar verpflichtet, Beschäftigte zu schützen, die als Whistleblower über Missstände im Unternehmen Bericht erstatten, aber was die-

# express

ZEITUNG FÜR  
SOZIALISTISCHE BETRIEBS- &  
GEWERKSCHAFTSARBEIT



### ■ Abgetreten?

Texte zu und aus Theorie & Praxis der internationalen ArbeiterInnenbewegung

### ■ Absurd?

Perspektiven jenseits betrieblicher & nationaler Standortpolitik

### ■ Alternativlos?

Elemente & Strategien einer gewerkschaftlichen Anti-Konzessionspolitik

### ■ Anachronistisch?

Berichte über nationale & internationale Arbeitskämpfe

### ■ Antizyklisch?

Debatten und Kommentare zur Politik der Ökonomie

### ■ express, Nr. 2/09 u.a.

Kirsten Huckenbeck: »Was bleibt uns anderes übrig?«, Organizing als Perspektive für Gewerkschaften in der Krise

»Migration und Arbeit«, ver.di bietet Anlaufstellen für MigrantInnen ohne gesicherten Aufenthalt in Hamburg und Berlin

Slave Cubela: »Krisenfest oder Krisen-Fest?«, zu einem schwierigen Verhältnis aus aktuellem Anlass

Gerhard Stapelfeldt: »Bildung ist keine Ware?«, kritische Anmerkungen zu einer politischen Parole

Lars Dieckmann: »Organizing an der Charité«, IG BAU geht mit Reinigungskräften neue Wege im Kampf gegen Befristungen und für Arbeitsschutz

Jan Pehrke: »Die Namenlosen«, über Leiharbeit bei Bayer »Missbrauchsmissbrauch«, Daimler setzt Werkverträger als Leiharbeiter ein

Dieter Wegner: »Gleiches Ziel, große Unterschiede«, über die Fabrikbesetzungen bei Innse und Officine

Peter Nowak: »Internationalismus im Hafenbecken«, zum Streikesebuch von Udo Achten und Bernt Kamin-Seggewies »Kraftproben«

○ Ich möchte 1 kostenloses Probeexemplar  
○ Ich möchte die nächsten 4 aktuellen Ausgaben  
zum Preis von 10 Euro (gg. V.k.)

Redaktion express  
Niddastraße 64  
60329 Frankfurt

Tel. (069) 67 99 84  
Email: [express-afp@online.de](mailto:express-afp@online.de)  
[www.labournet.de/express](http://www.labournet.de/express)

Bezugspreise: Einzelheft 3,50 Euro; Jahresabo, 35 Euro, erm. 18 Euro (Studierende, Auszubildende) und 12 Euro (Hartz IV-Spezial-Abo) – einschl. Versandkosten.

ses Bekenntnis in der Realität wert ist, zeigt für Strack nicht nur der Fall des Pharma-Vertreters Alfredo Pequito, der wegen seiner Weigerung, MedizinerInnen zu bestechen, seinen Job verlor. Strack führte als weitere Beispiele gescheiterter Whistleblower Susan Blankett, die so frühzeitig wie vergeblich vor den Gefahren des Cholesterinsenkers LIPOBAY gewarnt hatte, und George Couto an, der den BAYER-Betrug an dem US-amerikanischen Medikamenten-Hilfsprogramm für Bedürftige nicht mittragen wollte. Entsprechend niedrig ist die Zahl derjenigen, die es wagen, die konzern-internen Anlaufstellen aufzusuchen. Nur 50 bis 100 Whistleblower-Meldungen gingen dort laut Wenning im Geschäftsjahr 2008 ein - in anderen Großunternehmen sind es bedeutend mehr, wie Strack den AktionärInnen mitteilte. Trotzdem wies der BAYER-Chef dessen Vorwürfe zurück: „Sie sprachen von einer Kultur des Schweigens bei BAYER - dies ist falsch, das Gegenteil ist richtig“.

**Keine Gehaltsgrenzen**

Nach dem Umgang mit Whistleblowern fragte - mit ebenso geringem Erfolg - auch Antje Kleine-Wiskott vom DACHVERBAND DER KRITISCHEN AKTIONÄRINNEN UND AKTIONÄRE, denn dieser ist Bestandteil einer verantwortungsvollen Unternehmensführung, welche die Initiative in diesem Jahr zu ihrem Schwerpunkt-Thema gemacht hatte. Zu einer solchen verantwortungsvollen Unternehmensführung gehören für Antje Kleine-Wiskott auch eine angemessene Berücksichtigung der

Interessen der Belegschaft und der Kunden, eine sich im Rahmen haltende Gehaltsschere zwischen den einzelnen Ebenen im Konzern, eine persönliche Haftung der Vorstände und ein Verbot für diese, einen fliegenden Wechsel in den Aufsichtsrat vorzunehmen.

BAYERs Aufsichtsratsvorsitzender Manfred Schneider hatte da andere Ansichten. Zunächst sprach er sich gegen gesetzliche Vorschriften zu einer moralisch korrekten Geschäftspolitik aus: Er wäre prinzipiell eher für weniger rechtliche Regelungen als für mehr. Auch wollten sich seine Gehaltsvorstellungen nicht, wie von der Kritischen Aktionärin vorgeschlagen, auf das 20fache eines BAYER-Durchschnittslohns beschränken. Solche „statistischen Grenzen“ lehnte er genauso ab wie das Verbauen des Karriereweges vom Vorstandschef zum Aufsichtsratschef. Was sollte er als jemand, der gerade auf diese Weise zu seinem Posten gekommen ist, da auch anderes sagen als: „Je besser der Aufsichtsrat ein Unternehmen kennt, desto besser kann er seine Interessen wahrnehmen“.

**„Rundumschläge“**

Eine Zusammenfassung von BAYERs unverantwortlicher Unternehmensführung lieferte Axel Köhler-Schnura, Vorstandler der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN. Von A wie Arbeitsplatzvernichtung, der ab 1983 über 70.000 Stellen zum Opfer fielen, während sich gleichzeitig der Umsatz von 14 Milliarden Euro auf 33 Milliarden Euro mehr als verdoppelte, und C wie CO-Pipeline über G wie Gier und I

wie Institute bis zu K wie Krefelder Kohlekraftwerk, das bei Inbetriebnahme jährlich 4,4 Millionen Tonnen Kohlendioxid ausstoßen würde, reichte seine die Unvereinbarkeit von Profit und Moral dokumentierende Panorama-Schau. Wenning tat diese als „Sammelsurium von subtilen Unterstellungen und ideologischen Rundumschlägen, um zu kritisieren, aber auch um kommunistisches Gedankengut zu verbreiten“ ab. Aber Köhler-Schnura hatte in seiner Rede mit einer solchen Replik schon gerechnet und Wennings Immun-Reaktion schon vorbeugend widersprochen. „Es mangelt nicht an der Stichhaltigkeit unserer Argumente, sondern es ist so, dass Herr Wenning hier eine sehr einseitige Wahrnehmung wiedergibt. Es sind nicht wir, die wir hier ohne Substanz argumentieren, es ist die Konzernleitung, die die Wahrheiten verdreht, Fakten unterschlägt und wahrheitswidrig berichtet“, stellte er richtig und sprach damit ohne Zweifel auch im Namen der anderen 14 GegenrednerInnen, die BAYER an diesem Tag Paroli geboten hatten.

**solidarität ist**

**eine waffe**

**deshalb werde Mitglied – spende auf unser Konto**

**ROTE HILFE E.V.**  
[www.rote-hilfe.de](http://www.rote-hilfe.de)

Infos: Bundesgeschäftsstelle, Postfach 3255, 37022 Göttingen  
 Spendenkonto: 19 11 00 462, Blz: 440 100 46, Postbank Dortmund



# Spuren hinterlassen.

## Informationen zu Testament und Vermächtnis

Erbschaften und Vermächtnisse eröffnen weit in die Zukunft reichende Möglichkeiten und entfalten Wirkung für kommende Generationen. Wenn auch Sie meinen, dass Willkür und Machtmissbrauch der großen Konzerne eingedämmt und beendet werden müssen, dann kommt für Sie vielleicht ein Vermächtnis zur langfristig wirkenden Förderung für konzernkritische Arbeit infrage. Fordern Sie unverbindlich unseren leicht verständlichen Leitfaden an, der Ihnen sagt, worauf Sie bei Erbschaft und Vermächtnis achten müssen.

Bitte ausfüllen, abtrennen und per Post/Fax an:

**Fax 0211 - 26 11 220**

Absender/in:

.....  
Vorname, Name

.....  
PLZ, Ort

.....  
Straße, Haus-Nr.

.....  
Telefon, Fax

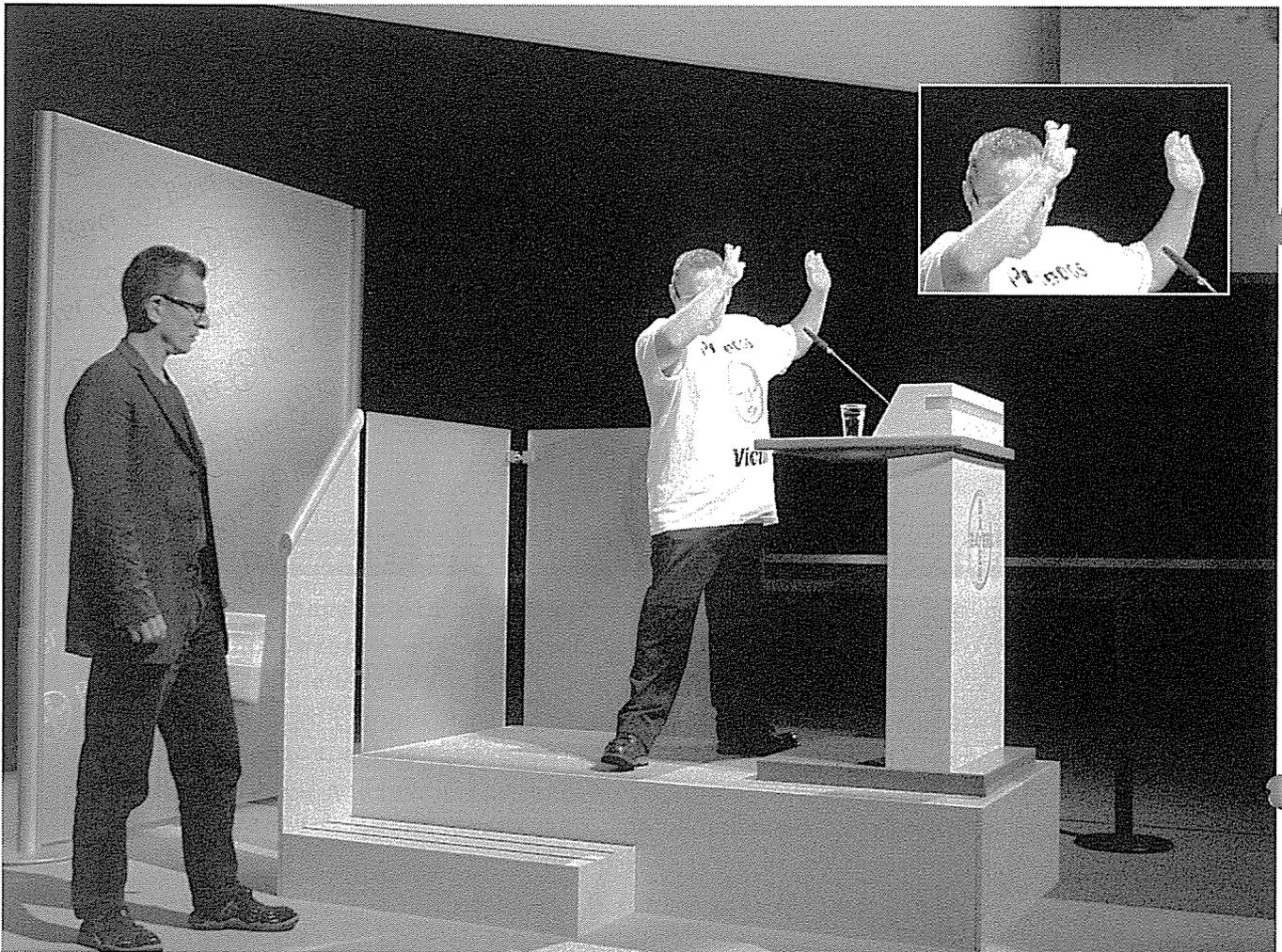
.....  
Alter

**Coordination gegen BAYER-Gefahren  
Postfach 15 04 18 40081 Düsseldorf**

**eMailCBGnetwork@aol.com**

## Die Rede des PRIMODOS-Opfers Karl Murphy

# „Mein Leben wurde von SCHERING zerstört“



Karl Murphy zeigt den AktionärInnen seine durch PRIMODOS entstellten Hände

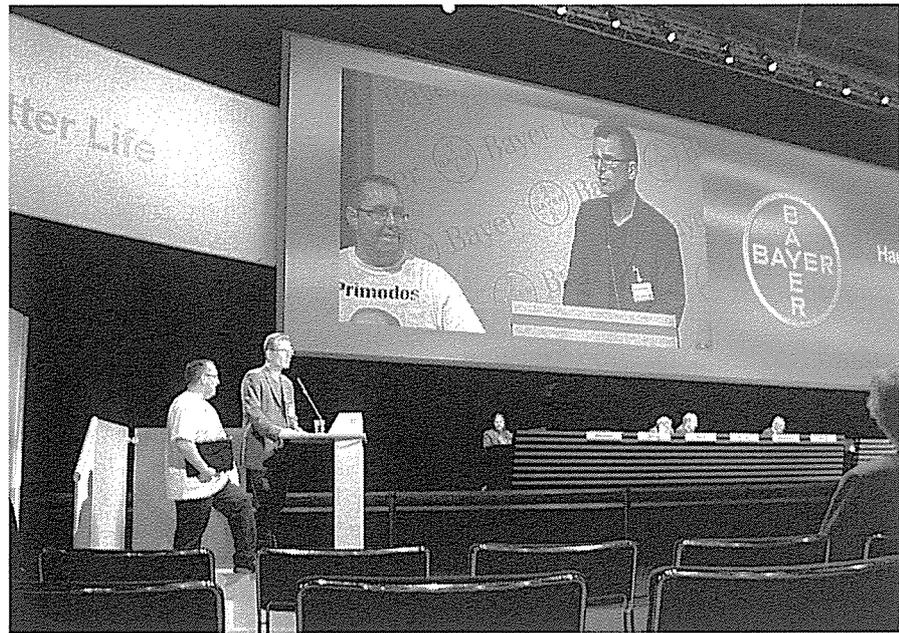
Die Mutter von Karl Murphy hat vor über 36 Jahren mit dem von SCHERING hergestellten PRIMODOS einen Schwangerschaftstest gemacht. Die Folge: Ihr Sohn kam mit Behinderungen auf die Welt. Jetzt will Karl Murphy den Fall wiederauflösen und reiste deshalb zur BAYER-Hauptversammlung. „Für uns ist es nicht etwas, was vor 30 Jahren passiert ist. Es passiert vielmehr noch in jeder Minute jeden Tages“, sagt er zur Begründung. Stichwort BAYER dokumentiert seine Rede.

Vorbemerkung: 1967 tauchen erste Hinweise auf Missbildungen durch das seit 1950 von SCHERING als Schwangerschaftstest und Medikament zur Behandlung unregelmäßiger Monatsblutungen

vermarktete PRIMODOS bzw. DUOGYNON auf. England untersagt daraufhin Schwangerschaftstests mit PRIMODOS. In der Bundesrepublik erfolgt keine Reaktion seitens der Zulassungsbehörden, und SCHE-

RING verkauft das Präparat weiter. Erst 1978 erfolgt das Aus. In afrikanischen, südostasiatischen und südamerikanischen Ländern hält sich PRIMODOS zur Zyklus-Regulation sogar bis 1987. „Wir reagieren

flexibel und regeln die PRIMODOS-Angelegenheit länderweise“, hieß es hierzu aus der Konzern-Zentrale. Zu dieser Flexibilität gehörte es auch, das übel beleumdete Mittel zur Verbesserung der Absatz-Chancen in CUMORIT umzutaufen und eine PR-Agentur zur Aufpappelung des angeschlagenen Images des Produktes zu engagieren. In der Berichterstattung über den Skandal zogen fast alle JournalistInnen einen Vergleich zum Contergan-Fall, was der SCHERING-Mann Wolfgang Laudahn als „sinnloses Kommentieren“ abtat. Juristisch hatten die betroffenen Eltern in der Bundesrepublik ebenso wenig Erfolg wie ihre LeidensgenossInnen in England. Im Jahr 1980 wies das Landgericht Berlin die Klage der INTERESSENSGEMEINSCHAFT DUOGYNONGESCHADIGTER KINDER ab.



Sehr geehrte Damen und Herren,

mein Name ist Karl Murphy. Ich bin 36 Jahre alt und lebe in Liverpool. Meine Gesundheit wurde durch ein Medikament der Firma SCHERING, die heute zu BAYER gehört, schwer geschädigt. Ich möchte Sie daher bitten, meine Lebensgeschichte anzuhören und meine Fragen zu beantworten.

1969 wurde meine Mutter erstmals schwanger. Sie erhielt von ihrem Arzt einen hormonellen Schwangerschaftstest, zwei Tabletten mit dem Namen PRIMODOS. Meine Mutter nahm diese ein und erlitt wenige Wochen später eine Fehlgeburt. PRIMODOS wurde von SCHERING hergestellt, in Deutschland war das Mittel unter dem Namen DUOGYNON auf dem Markt.

Drei Jahre später war meine Mutter erneut schwanger. Wieder erhielt sie von ihrem Frauenarzt PRIMODOS. Sie wies ihn auf ihre vorherige Fehlgeburt hin. Der Arzt versicherte ihr jedoch, dass dies nicht wieder geschehen werde.

Er hatte Recht. Sie erlitt keine Fehlgeburt. Aber ich wurde mit einer Reihe von Fehlbildungen geboten: ich habe eine Gaumenspalte, und an meinen beiden Händen fehlen Finger. An meinem linken Fuß fehlen alle Zehen, an meinem rechten Fuß fehlt ein Zeh. Direkt im Krankenhaus wurde meine Mutter gefragt, welche Medikamente sie eingenommen hatte. Meine Mutter gab an, dass ihr Arzt ihr PRIMODOS verschrieben hatte.

Ich habe heute den alten Arztbrief meiner Mutter dabei. Darin wird PRIMODOS zweimal genannt, der Krankenhausarzt

hat diese Angabe extra eingekreist. Ich habe auch die Unterlagen von weiteren Menschen mit Fehlbildungen, deren Mütter PRIMODOS eingenommen hatten.

Auf den Tabletten-Schachteln befanden sich keinerlei Warnhinweise. Einige Jahre später hingegen schrieb SCHERING, dass PRIMODOS im Fall einer Schwangerschaft nicht eingenommen werden dürfe. Warum wurden diese Warnungen nicht früher angebracht? Wurden wir damals als Versuchskaninchen benutzt?

Seit meiner Geburt ist mein Leben die Hölle. Mehrfach musste ich operiert werden, um die Folgen dieses Medikaments zu lindern. In der Schule wurde ich wegen meiner Hände und Füße gehänselt, einige meiner Spott-Namen waren Hummer-Hand, Lustiger Finger oder Haxen-Hand. Ich hatte kein Selbstvertrauen und keine Freunde und saß alleine an einem Tisch,

**„warum hat SCHERING das Medikament PRIMODOS auf dem Markt belassen - trotz zahlreicher Hinweise auf erhohnte Missbildungs-raten?“**

keiner wollte mit einem Monster zu tun haben. Ich konnte die Griffe von einem Fahrrad nicht festhalten. Nach Beendigung der Schule bewarb ich mich immer wieder auf Jobs, die ich wegen meiner Behinderungen nicht erhielt.

Ich frage Sie: warum hat SCHERING das Medikament PRIMODOS auf dem Markt belassen - trotz zahlreicher Hinweise auf erhohnte Missbildungs-raten? Ich fordere BAYER als den heutigen Besitzer von SCHERING auf, einzugestehen, dass da-

mals ein Fehler gemacht wurde. Ich kann akzeptieren, dass Fehler gemacht werden. Aber dann müssen diese auch zugegeben werden. Und den Opfern muss geholfen werden.

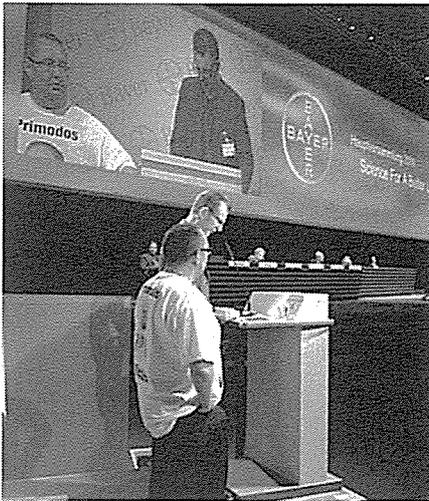
Ich habe bis heute Probleme, mich anzu- ziehen, Knöpfe zu öffnen oder einen Reißverschluss zu schließen. Auch mein Essen kann ich nicht schneiden und sogar Türen oder Flaschen zu öffnen ist ein Problem für mich. Wenn ich in einem Geschäft bezahle, ziehen die Verkäufer vor Schreck ihre Hand zururck. Ich kann nicht in Urlaub fahren, da ich von den Versicherungen abgewiesen werde. Ich war niemals schwimmen, da die Leute auf meine Hände und Füße starren würden. Ich kann kein Werkzeug halten und muss jede Reparatur bezahlen. Ich muss sogar jemanden bitten, eine kaputte Glühbirne für mich auszutauschen.

Ich weiß, dass SCHERING und BAYER immer behauptet haben, dass dieses Medikament niemanden geschädigt hat und dass die Missbildungen andere Gründe haben. Ich habe aber Dokumente bei mir, aus denen hervorgeht, dass SCHERING damals einer Betroffenen eine außergerichtliche Entschädigung angeboten hat. Warum wurde dieses Angebot nicht allen Geschädigten unterbreitet?

Ein damaliger Mitarbeiter von SCHERING bot einer Geschädigten damals an, für eine Summe von 10.000 Pfund interne Dokumente zu PRIMODOS zu besorgen. Warum wurden diese Unterlagen nicht veröffentlicht?

Englische SCHERING-Mitarbeiter warnten die deutsche SCHERING-Zentrale schon im Jahr 1968 vor erhohnten Missbildungs-

→



raten durch DUOGYNON. Warum hat die Firma darauf nicht reagiert? Sollte der Umsatz von DUOGYNON und der von Verhütungsmitteln, die die gleichen Hormone enthielten, nicht gefährdet werden?

Gibt es Gespräche zwischen BAYER und britischen oder deutschen Behörden, um den Opfern zu helfen?

Vor einigen Monaten habe ich Dr. Peter Longthorne, den medizinischen Direktor von BAYER SCHERING Pharma in England angeschrieben und um Firmenunterlagen

zu PRIMODOS gebeten. Ich erhielt schriftlich die Antwort, dass BAYER „keine Dokumente zu diesem Medikament besitzt“. Dies ist wenig glaubhaft, schließlich wurde dieses Präparat über Jahrzehnte hinweg von SCHERING verkauft.

Wollen Sie wirklich die Behauptung aufrecht erhalten, keinerlei Unterlagen mehr zu PRIMODOS bzw. DUOGYNON zu besitzen?

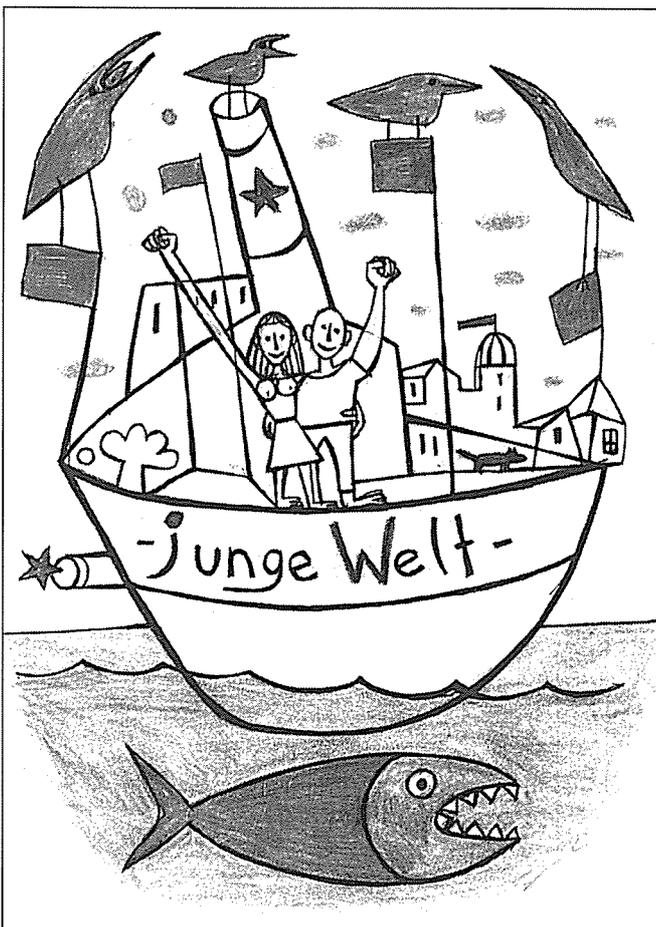
Ich fordere Sie auf, nach der Versammlung mit mir zu sprechen. Ich habe Unterlagen aus den vergangenen 30 Jahren bei mir, darunter Empfehlungen der britischen Gesundheitsbehörde und von Fachzeitschriften, PRIMODOS wegen der Gefahr von Missbildungen nicht als Schwangerschaftstest einzusetzen. Nach diesen Warnungen wurde das Mittel jedoch weitere zehn Jahre eingesetzt. Ich stelle Ihnen gerne Kopien dieser Dokumente zu Verfügung.

Das heutige BAYER-Management trägt keine Schuld an den Entscheidungen von SCHERING in den 60er und 70er Jahren. Aber durch die Übernahme von SCHERING trägt BAYER heute die Verantwortung für alle SCHERING-Produkte, auch die in der Vergangenheit verkauften. Ich meine, dass die Übernahme von SCHERING durch

BAYER der richtige Moment ist, auf die Opfer von PRIMODOS zuzugehen.

Mein Leben wurde durch zwei Tabletten von SCHERING zerstört. Bitte denken Sie an Ihre eigenen Kinder und stellen Sie sich vor, wie diese mit den Schwierigkeiten und dem Spott klarkommen müssten, dem meine Familie und ich täglich ausgesetzt sind. Ich appelliere heute an den BAYER-Vorstand, sich im Namen ihrer Tochterfirma SCHERING zu entschuldigen und die Opfer von PRIMODOS zu entschädigen.

*Nachtrag: Kurz nach der Hauptversammlung erhielt Karl Murphy vom Leverkusener Multi einen Brief mit der Aufforderung, BAYER doch bitte seine dem Konzern bislang unbekannt Dokumente zu PRIMODOS zuzusenden. Eine Geste des Entgegenkommens war damit allerdings nicht verbunden. Der Konzern blieb bei seiner Linie. Das Gespräch mit Murphy habe nicht zu einer Veränderung der Position des Unternehmens geführt, hieß es in dem Schreiben. Diese lautet nach wie vor: „Zwischen PRIMODOS und Geburtsschäden bei Babys, deren Mütter PRIMODOS eingenommen hatten, konnte kein ursächlicher Zusammenhang gefunden werden“.*



Wir sind **1000!**

**206** neue Genossenschaftsanteile bis Ende 2009!

Mittlerweile (Stand 27. April 2009) hat die *junge Welt* 794 Herausgeberinnen und Herausgeber. Denn so viele Mitglieder haben Anteile unserer Genossenschaft *junge Welt eG* gezeichnet. Und wie fast immer sind wir mit dem bisher Erreichten nicht zufrieden: Um die vor uns liegenden Aufgaben meistern zu können, hat die Generalversammlung vom 28. Juni 2008 die Kampagne »Wir sind 1000« beschlossen. 206 neue Mitglieder werden noch gesucht. Zeichnen Sie doch auch einen oder mehrere Anteile. Mal sehen, wie lange es dauert, bis wir 1000 sind.

[www.jungewelt.de/genossenschaft](http://www.jungewelt.de/genossenschaft)



## B U C H T I P P

Ihr Einkaufsführer für nachhaltigen Konsum und gutes Leben!

Jetzt **NEU**:  
Niedersachsen  
und Bremen!  
.... dort wo es Bio-  
Produkte gibt.

Ökologisch, fair ...

## G U T S C H E I N :

... für kostenlose Exemplare, bitte gewünschte Ausgaben(n) ankreuzen, Ihre Adresse und € 1.45 Porto pro Buch an uns senden.

- |   |   |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Hamburg/Schleswig-Holstein | <input type="checkbox"/> Berlin/Brandenburg   |
| <input type="checkbox"/> Nordrhein-Westfalen        | <input type="checkbox"/> Niedersachsen/Bremen |

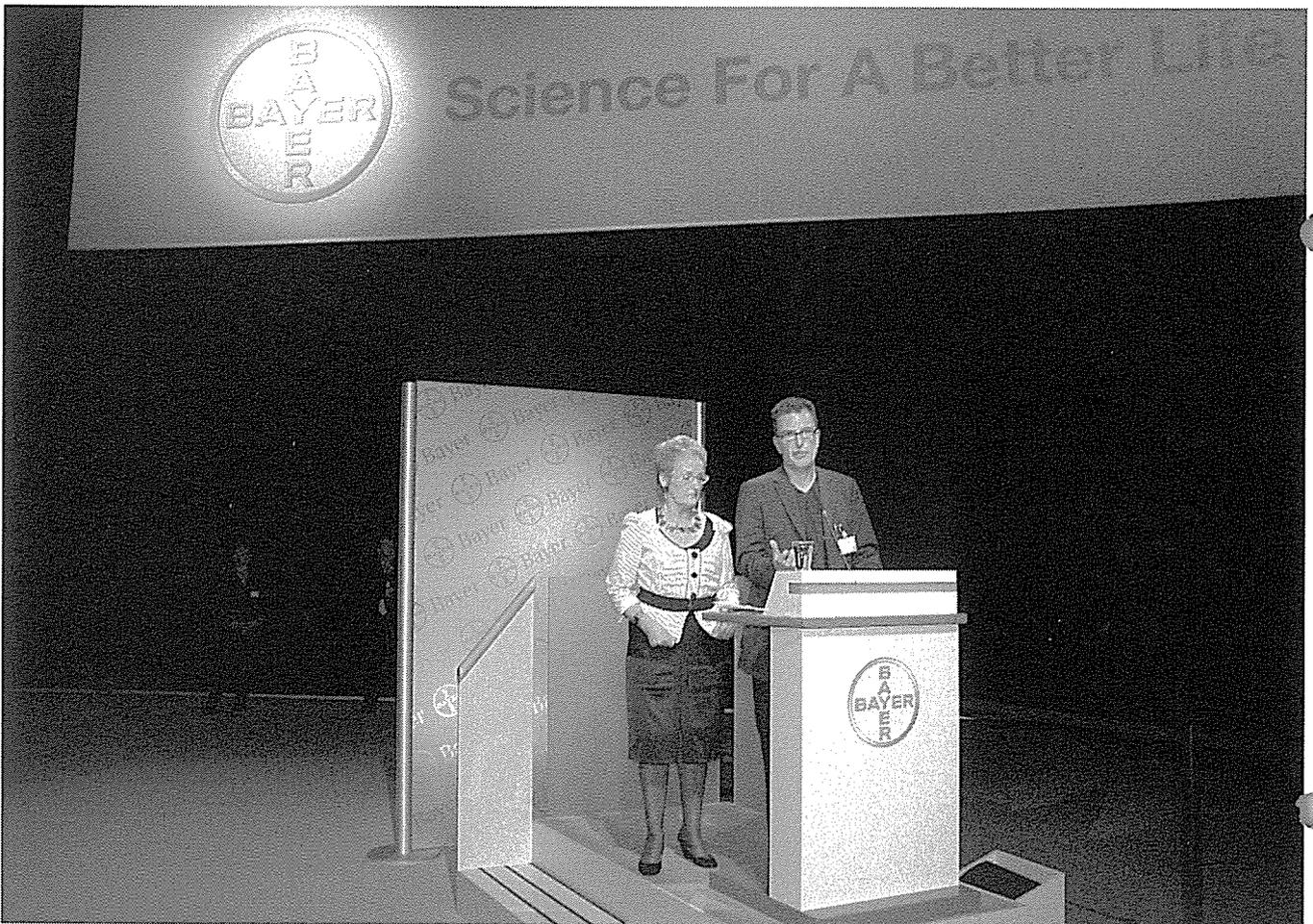
Verlag Das grüne Branchenbuch  
Lasbeker Straße 9 - 22967 Tremsbüttel - Tel. 04532-21402  
Fax: 04532-22077 - [www.gruenes-branchenbuch.de](http://www.gruenes-branchenbuch.de)  
[service@gruenes-branchenbuch.de](mailto:service@gruenes-branchenbuch.de)

CBG 18.05.09

160 Seiten ISBN 978-3-982309-30-4

## Die PRIMODOS-Rede von Valerie Williams

## „Für mich als Mutter war es herzzerreißend“



Wie blanker Hohn wirkt der BAYER-Slogan angesichts des Schicksals von Valerie Williams

*Valerie Williams hat 1974 einen Schwangerschaftstest mit PRIMODOS gemacht. Deshalb leidet ihr Sohn Daniel von Geburt an an schweren Herzfehlern und Schädigungen an den Genitalien. Vier Jahre später gründete die Britin den Opferverband ASSOCIATION FOR CHILDREN DAMAGED BY HORMONE PREGNANCY TESTS und kämpft seither für die Rechte der Betroffenen. Stichwort BAYER dokumentiert Williams' Hauptversammlungsauftritt am 12. Mai, der ihr als ein ganz besonderer Tag in Erinnerung geblieben ist, wie sie der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN später schrieb.*

Guten Tag, mein Name ist Valerie Williams. Ich bin Vorsitzende einer britischen Organisation, die sich für Kinder einsetzt, die durch hormonelle Schwangerschaftstests geschä-

digt wurden. Zu den Erkrankungen dieser Kinder zählen Herzfehler, fehlende Gliedmaßen, Hydrocephalus, fehlentwickelte Genitalien, Nierenschäden, Gaumenspalten und vieles mehr.

Ich bin selbst eine der Betroffenen. Mein Sohn Daniel leidet seit seiner Geburt an schweren Herzfehlern und Schädigungen der Genitalien. Verantwortlich hierfür ist der hormonelle Schwangerschaftstest

PRIMODOS der Firma SCHERING, den ich im September 1974 eingenommen habe. Zu diesem Zeitpunkt gab es bereits sichere und einfache Urintests zur Feststellung einer Schwangerschaft. Trotzdem wurden hormonelle Tests weiter hergestellt und verschrieben.

Für mich als Mutter war es herzerreißend, als sich mein Sohn mit sechs Jahren vollkommen von seiner Umgebung abkapselte. Wegen der zahlreichen Operationen konnte er sein Leben mental und physisch nicht mehr bewältigen.

Wie mir erging es Tausenden von Frauen, die dieses Präparat zwischen der fünften und zehnten Schwangerschaftswoche einnahmen. Zu diesem Zeitpunkt der Schwangerschaft ist der menschliche Fötus in der empfindlichsten Phase seiner Entwicklung. Viele Frauen, die in diesem Zeitraum PRIMODOS einnahmen, erlitten Fehlgeburten.

1976 wurde mir erneut PRIMODOS verschrieben, dieses Mal zur Behandlung einer Amenorrhoe (unregelmäßige Monatsblutungen, Anm. SW/B). Nun trug die Packung die Aufschrift „Nicht in der Schwangerschaft einnehmen. Kann Herzfehler bei Föten verursachen“.

PRIMODOS, das in Deutschland unter dem Namen DUOGYNON verkauft wurde, war in England rund 20 Jahre auf dem Markt. 1978 wurde es in England als Schwangerschaftstest verboten.

Ich möchte Sie, liebe Aktionäre und auch Sie im Vorstand fragen, wie Sie sich fühlen würden, wenn Ihr Kind wegen eines Hormonpräparats schwerwiegende Behinderungen erlitten hätte?

PRIMODOS enthielt die selben Hormone wie Antibaby-Pillen, nur in viel höherer Konzentration. Als PRIMODOS 1958 auf den Markt kam, teilte die Firma SCHERING mit, dass schwangere Frauen und Föten in keinsten Weise geschädigt würden. Da SCHERING heute zu BAYER gehört, frage ich den Vorstand: welchen Beweis gab es für diese Aussage? Welche Untersuchungen wurden hierfür durchgeführt?

Tatsächlich gab es schon zu diesem frühen Zeitpunkt Untersuchungen, die einen eindeutigen Zusammenhang mit Geburtsschäden belegten.

In den 60er Jahren führte die Kinderärztin Isabel Gal Studien durch, die einen Zusammenhang zwischen der Einnahme von PRIMODOS und dem Auftreten von Spina Bifida, dem sogenannten Offenen Rücken, belegten. Ihre Ergebnisse wurden in dem Wissenschafts-Magazin *Nature* veröffent-

licht. Dr. Gal kam zu dem Ergebnis, dass die Verwendung dieses Medikaments unnötig und nicht zu rechtfertigen sei.

Kurz darauf schrieben zwei medizinische Berater von SCHERING einen Brief an die SCHERING-Zentrale in Deutschland und warnten vor den Risiken von PRIMODOS. Die Zeitung *Sunday Times* hat diesen Brief veröffentlicht. Darin heißt es wörtlich: „Wir müssen bezüglich des möglichen Zusammenhangs von PRIMODOS und Geburtsschäden zu einer Lösung kommen. Als Hersteller ist es unsere moralische Pflicht, alles Menschenmögliche zu unternehmen, die Sicherheit unserer Produkte zu gewährleisten.“

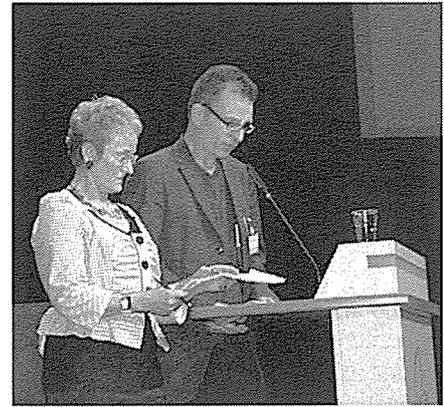
Sogar eine Petition von 200 britischen Abgeordneten warnte vor PRIMODOS. Meine Frage an Sie lautet daher: Warum hörte SCHERING nicht auf die Warnungen seiner eigenen medizinischen Berater? Warum wurden die Hinweise unabhängiger Wissenschaftler nicht berücksichtigt? Nach Schätzungen von Dr. Claus Newman, einem bekannten britischen Pädiater, sind hormonelle Schwangerschaftstests für mehr Schädigungen verantwortlich als Contergan. Eine Studie des „ROYAL COLLEGE OF GENERAL PRACTITIONERS“ zeigte 1969, dass Hormontests zu einer höheren Wahrscheinlichkeit von

**Nach Schätzungen von Dr. Claus Newman, einem bekannten britischen Pädiater, sind hormonelle Schwangerschaftstests für mehr Schädigungen verantwortlich als Contergan**

Fehlgeburten führten. Dr. Dean, der Studienleiter, empfahl ein sofortiges Verbot solcher Tests. Die französische Firma ROUSSEL, die ein ähnlich wirkendes Präparat herstellte, nahm dieses noch im selben Jahr vollständig vom Markt. SCHERING hingegen beließ PRIMODOS auf dem Markt und sandte keinerlei Warnungen an die Ärzte, so dass es noch jahrelang verschrieben wurde.

Meine Frage lautet: Warum hat SCHERING nicht die selben Vorsichtsmaßnahmen ergriffen wie ROUSSEL? Warum hat SCHERING nicht die Ärzte und die Behörden über die Risiken informiert? Warum reagierte die Firma stets so spät?

Unser Verband ASSOCIATION FOR CHILDREN DAMAGED BY HORMONE PREGNANCY TESTS wurde 1978 gegründet.



Eines unserer Ziele war ein endgültiges Verbot von PRIMODOS. Ähnliche Organisationen gab es hier in Deutschland und in anderen Ländern. Ich frage Sie im Vorstand, ob Sie tief in Ihrem Herz und Ihrem Gewissen zugeben können, dass diese Hormonpräparate niemals an Föten hätten verwendet werden sollen?

Ich frage weiterhin: ist Ihnen bewusst, dass die selben künstlichen Östrogene auch heute noch in Antibaby-Pillen verwendet werden? Neben gesundheitlichen Risiken führt dies auch zu großen Umweltproblemen: Die künstlichen Hormone können vom Körper nicht abgebaut werden und werden mit dem Urin ausgeschieden. Hierdurch kommt es zu einer Anreicherung in Gewässern und der gesamten Natur.

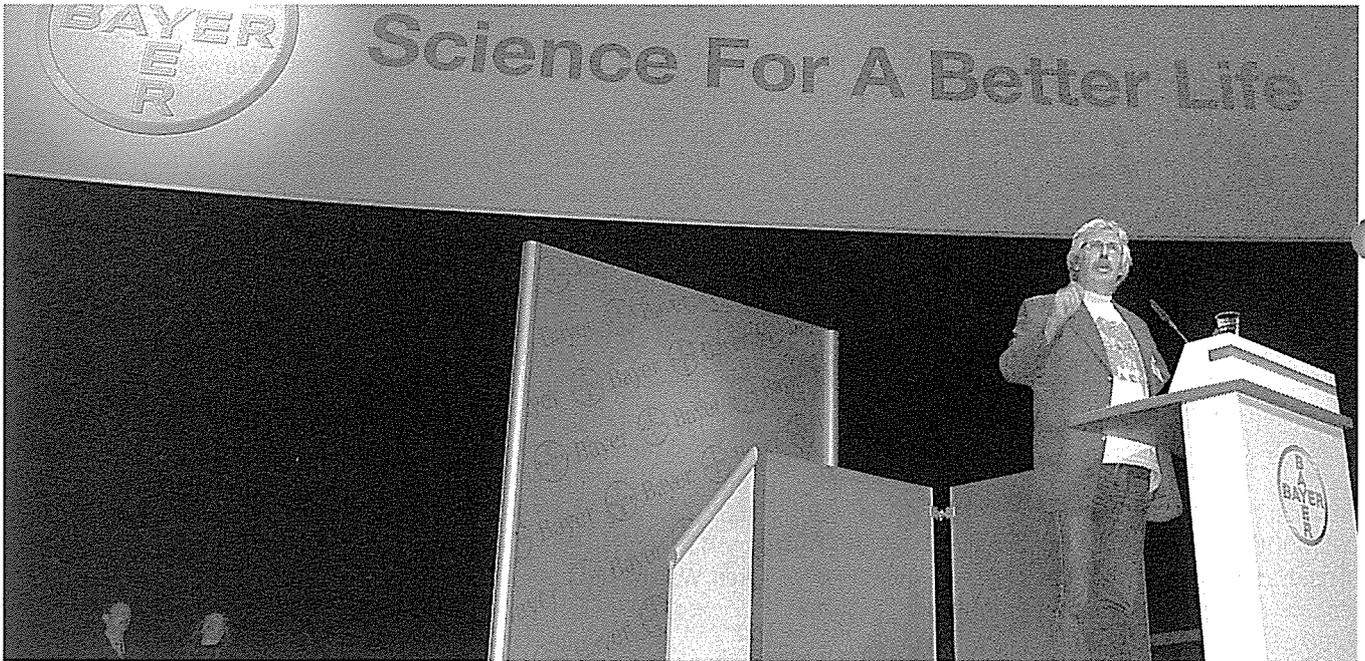
Ich frage Sie: wie rechtfertigen Sie die ungezählten Fehlgeburten, und die Tausenden von Kindern, die wegen ihrer Schädigungen kurz nach der Geburt starben? Seit 40 Jahren erleben wir die Leiden unserer Kinder. Wie rechtfertigen Sie die Tausenden von schweren Fehlbildungen?

Auf der homepage von BAYER SCHERING heißt es: „Mit seiner ausgeprägten Forschungskompetenz entwickelt das Unternehmen neue Medikamente und Therapien, die zur Steigerung der Lebensqualität von Patienten beitragen.“ Ich fordere, dass Sie auch öffentlich darauf hinweisen, dass einige Ihrer Produkte nicht sicher sind und großes Leid verursacht haben.

Eine ausführliche Chronologie der PRIMODOS-Erkrankungen stelle ich allen Interessierten gerne zu Verfügung. Liebe Aktionäre, ich fordere Sie auf, die permanent geschlossenen Scheuklappen dieses Pharmaunternehmens zu öffnen. Tausende von Eltern in aller Welt warten auf eine ehrliche Aussage von BAYER SCHERING zum Thema PRIMODOS und auf eine Entschuldigung dieses Unternehmens.

## Die Rede von Axel Köhler-Schnura

## „Gier zu kultivieren, ist gemeingefährlich“



Axel Köhler-Schnura (CBG) bei seiner Hauptversammlungsrede

*Die Rolle der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) bei den Hauptversammlungen ist es stets, die von den zahlreichen GegenrednerInnen vorgebrachten Kritikpunkte zu bündeln und das „Prinzip BAYER“ bloßzulegen, das hinter all den Missständen steht. In diesem Jahr übernahm das Axel Köhler-Schnura vom Vorstand der CBG. SWB dokumentiert seinen Beitrag.*

Meine Damen und Herren, guten Tag, mein Name ist Axel Köhler-Schnura. Ich bin selbstständig und ehrenamtlich im Vorstand der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN. Auch bin ich Gründungsmitglied des DACHVERBANDES DER KRITISCHEN AKTIONÄRINNEN UND AKTIONÄRE.

Meine Damen und Herren, Sie erinnern sich, heute Vormittag hat Herr Wenning behauptet, die Vorwürfe von der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN und auch von mir seien nicht stichhaltig. Ich stehe jetzt seit 1983 hier an diesem Pult, und Sie werden ahnen, was ich Jahr für Jahr hier höre: Unsere Argumente seien nicht stichhaltig. Meine Damen und Herren,

jedoch, wenn das alles so wenig stichhaltig wäre, was wir hier vortragen, wie Herr Wenning und seine Vorstandskollegen der Öffentlichkeit weiszumachen versuchen, dann frage ich mich, wie es sein kann, dass beispielsweise im Hinblick auf die CO-Pipeline jede Menge Sachverstand der unterschiedlichsten Sparten, der Wissenschaft, der Ärzteschaft, des Katastrophenschutzes, ja selbst der Polizei und der Verwaltungen sich vehement gegen die Pipeline aussprechen?

Weshalb es ein Oberwaltungsgerichtsurteil gibt, dass die Inbetriebnahme der Pipeline untersagt?

Weshalb es quer durch ALLE Parteien einstimmig gefasste Beschlüsse von fast einem Dutzend Kommunen entlang dieser

Pipeline gibt, darunter übrigens auch von der Stadt, in der wir heute tagen, der Landeshauptstadt Düsseldorf, die allesamt die Pipeline wegen ihrer Gefahren für die Bevölkerung und die Umwelt ablehnen?

Und schließlich frage ich mich, wie es kommen kann, dass mehr als 100.000 BürgerInnen alleine aus Nordrhein-Westfalen den Protest gegen die Pipeline persönlich unterschrieben haben, wenn das alles „nicht stichhaltig“ sein soll?

Meine Damen und Herren, es mangelt nicht an Stichhaltigkeit unserer Argumente, sondern es ist so, dass Herr Wenning hier eine sehr einseitige Wahrnehmung wiedergibt. Es sind nicht wir, die wir hier ohne Substanz argumentieren, es ist die Konzernleitung, die die

Wahrheiten verdreht, Fakten unterschlägt und wahrheitswidrig berichtet.

Ein kleines Beispiel, Herr Wenning, dafür, wie Sie einfach die Hälfte der Wahrheit weglassen: Sie haben sich heute Morgen dafür beklatschen lassen, dass Sie 800 Auszubildende einstellen. Unterschlagen haben Sie aber, wie viele – oder besser – wie wenige Sie von diesen nach Abschluss der Ausbildung in eine Festanstellung übernehmen.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns hier über Eines im Klaren sein. Es geht hier nicht um irgendwelche Bagatellen. So groß dieser Konzern ist, so groß sind auch die Probleme. Es geht hier immer wieder um Probleme, die uns alle betreffen. Die Sie und mich, Ihre Familien, Ihre Kinder und Enkel betreffen.

Wenn wir beispielsweise über die Vernichtung von Arbeitsplätzen sprechen, dann geht es nicht um einige hundert vernichtete Arbeitsplätze, es geht um zehntausende. Im aktuellen Berichtsjahr gibt es bei BAYER 70.000 Arbeitsplätze weniger als 1983, das sind immerhin 40 Prozent der damaligen Arbeitsplätze, die weg sind.

Und das nicht, weil die Umsätze sich entsprechend reduziert hätten. Nein, die Umsätze haben sich im Berichtsjahr gegenüber damals von 14 Mrd. Euro auf 33 Mrd. Euro mehr als verdoppelt.

Damit verbunden hat sich die Arbeitshetze und die Belastung der Beschäftigten enorm erhöht. Jeder Beschäftigte muss heute 276 Prozent mehr Umsatz bringen als damals. Das ist fast eine Verdreifachung!

Selbst wenn wir die Inflationsrate abziehen und wenn wir berücksichtigen, dass durch den Einsatz von Maschinen die Produktivität gestiegen ist, wird mehr als deutlich, dass die Ausbeutung, dass Arbeitshetze und Arbeitsdruck im Konzern unerträglich gestiegen sind.

Oder nehmen wir die Umwelt. Nach wie vor beispielsweise hält BAYER an dem neuen Kohlekraftwerk in Krefeld fest. Dieses Kraftwerk wird die Klima-Bilanz mit 4,4 Millionen Tonnen jährlich zusätzlich belasten. Meine Damen und Herren, das entspricht der Ladung von mehr als 40.000 Eisenbahnwaggons, das ist mehr als die gesamte Bevölkerung Krefelds in die Luft bläst. Und das vor dem Hintergrund, dass es keinen einzigen verantwortungsbewussten Wissenschaftler mehr auf diesem Planeten gibt, der nicht in der höchsten ihm möglichen Eindringlichkeit vor der Klimakatastrophe warnt und die

sofortige drastische Reduzierung der klimaschädlichen Stoffe anmahnt.

Oder nehmen wir die Sicherheit! Herr Wenning, Sie sprachen heute Morgen über das BAYER-Werk in Institute in den USA. Natürlich in der Ihnen eigenen verharmlosenden und uns diffamierenden Manier. Doch die Wahrheit ist, dass das, was Sie einen „Unfall“ nennen, eine „Katastrophe“ war. Und vollständig verschwiegen haben Sie, dass wir es waren, die im vergangenen Jahr von dieser Stelle aus wegen der verheerenden Sicherheitsmängel die Schließung des BAYER-Werkes in Institute/USA gefordert haben. Sie haben damals uns und auch alle anderen Aktionärinnen und Aktionäre damit abgespeist, dass unsere Befürchtungen „nicht stichhaltig“ wären.

Aber heute ist die Anlage in die Luft geflogen. Und verschwiegen haben Sie, dass um Haaresbreite die Katastrophe die Belegschaft und die gesamte Region ausgelöscht hätte.

Und da ist der Vergleich zur Produktionskatastrophe im Chemiewerk in Bhopal/Indien mit gleicher Produktionsstruktur wie in Institute eben doch nicht nur legitim, sondern durchaus auch stichhaltig. Immerhin wurden in Bhopal weit mehr als 20.000 Menschen getötet und Hunderttausende gesundheitlich geschädigt. Ausschließlich wegen einiger glücklicher Umstände blieb das der Bevölkerung in Institute erspart. Ein Millimeter weiter und Institute wäre als schreckliches BAYER-Chemie-Fanal in die Menschheitsgeschichte eingegangen.

Und was Sie auch verschwiegen haben, Herr Wenning, das ist die Tatsache, dass sich Ihr Unternehmen derzeit vor dem US-Senat und den Sicherheitsbehörden der USA verantworten muss für Ihre Verantwortungs- und Rücksichtslosigkeit gegenüber den Beschäftigten und der Gesellschaft. Und Sie verschweigen auch, dass die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN offizieller Berichterstatter in der Beweisaufnahme des Chemical Safety Board in den USA ist.

Meine Damen und Herren, soviel zur Stichhaltigkeit unserer Argumente. Interessant ist allerdings die Frage, weshalb die Vorstandsvorsitzenden hier ständig irreführen, verschleiern und vernebeln. Es gibt nur einen Grund: Weil der Profit die Großaktionäre und die Manager leitet, weil sie deshalb ohne Moral und ohne Ethik handeln.

Und das lässt sich auch belegen. Beispielsweise mit einer Aussage von dem

ehemaligen Vorstandsvorsitzenden Prof. Grünewald. Er distanzierte sich auf einer Hauptversammlung in den 80er Jahren regelrecht von Moral und Ethik und bekannte sich einzig zum Profit. Er sagte mit unverständlicher Klarheit (ich zitiere): „Für die Moral ist die Kirche zuständig, für die Ethik gibt es Kommissionen - wir sind für den Profit zuständig.“

Einer seiner Nachfolger, nämlich Sie, Herr Schneider, der Sie heute als Aufsichtsratsvorsitzender dort oben sitzen, brachte das Credo dann auf die kurze Formel: „Unser Job ist der Profit!“

Die Krone aber hat dem Ganzen Herr Wenning im Geschäftsjahr, um das es hier geht, aufgesetzt. Er ging im November im *Spiegel* einen Schritt weiter, indem er feststellte: „ein wenig ‚gesunde‘ Gier ist sogar ganz nützlich und natürlich“.

Nun, meine Damen und Herren, Sie sehen, es geht hier nicht nur um Profit als Leitlinie des Handelns, es geht auch um Gier. Wenn Herr Wenning sich dann heute Morgen dagegen verwahrt, dass die „Unmoral der Manager“ angeprangert wird, so erweist sich das angesichts dieser Faktenanlage als purer Zynismus.

Meine Damen und Herren, es muss uns klar sein - denn genau das hat die verheerende Krise, die wir erleben, bereits jetzt offen gelegt - dass es gemeingefährlich ist, wenn die Perversion menschlichen Strebens, die Gier, zur Leitlinie des Handelns gemacht wird! Und genau dafür plädiert Herr Wenning. Offen und unverblümt.

Auch wenn wir hier keinen Grundkurs in Philosophie haben, möchte ich Sie doch darauf aufmerksam machen, dass Herr Wenning in seinem kurzen Satz von der „gesunden Gier, die nützlich und natürlich“ sei, gleich drei faustdicke Lügen verpackt hat:

Erstens gibt es keine gesunde Gier! Gier ist immer ungesund. Gier ist hochgradig krankhaft.

Zweitens kann Gier niemals nützlich sein. Gier ist nicht einmal nur unnützlich. Gier ist einzig gefährlich.

Und drittens ist Gier auch niemals natürlich. Natürlich sind Gierbremsen, wie sie jeder Mensch besitzt, und die er bewusst ausschalten muss, um sich der Gier hinzugeben. Und diese Bremsen auszuschalten, ist hochgradig unnatürlich.

Herr Wenning, ich wiederhole es, Gier zu kultivieren, ist gemeingefährlich. Und ich weiß mich mit dieser Meinung in bester Gesellschaft. Beispielsweise mit unserem Bundespräsidenten, der Ihre Gier und die



Gier Ihrer Kollegen in ebenso klaren Worten, wie ich es tue, benannt und kritisiert hat. Gier ist und bleibt ein menschlicher Charakterfehler, darüber sind sich Ethik und Philosophie der Menschheitsgeschichte einig.

Mahatma Ghandi machte einmal in leicht verständlichen Worten klar, worum es geht und weshalb alles getan werden muss, die Perversion der Gier zu bekämpfen. Er sagte: „Zur Befriedigung der Gier des Menschen wird der gesamte Reichtum der Erde nicht ausreichen“.

Und genau das ist der Punkt. Wenn bei BAYER der Profit Handlungsmaxime ist und „gesunde Gier“ sich breit macht, dann muss uns allen hier im Saal bei der Größe und der Bedeutung dieser Firma klar sein, dass es um unser Leben, um unsere Gesundheit, um unsere soziale Sicherheit, um unsere Demokratie – kurzum: um unseren Planeten geht. Das alles wird durch Profit und Gier rücksichtslos aufs Spiel gesetzt.

Deshalb bleibe ich dabei, was ich schon öfter an dieser Stelle feststellte: Konzerne wie BAYER gehören auf den Müllhaufen der Geschichte. Im Interesse von uns allen, im Interesse unserer Kinder, im Interesse unserer Enkel, im Interesse der Umwelt und des Klimas.

Meine Damen und Herren, damit komme ich zu meinen Anträgen. Diese Anträge stellen mit mir die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN und mehrere hundert AktionärInnen, die uns beauftragt haben.

Zunächst zum Gewinnantrag: Wir beantragen die Kürzung der Dividende von 1,40 Euro auf 10 Cent je Aktie.

Es sei wie jedes Jahr angemerkt, dass wir durchaus auch den völligen Verzicht auf jede Dividenden-Ausschüttung im Sinne der erläuterten Sozial-, Menschenrechts- und Ökologie-Leistungen beantragen würden, doch nach der Lage der Gesetze ist das nicht möglich.

Meine Damen und Herren, wir stellen weiterhin die Anträge, den Vorstand nicht zu entlasten und auch dem Aufsichtsrat die Entlastung zu verweigern. Wir begründen diese Nicht-Entlastungen damit, dass beide Gremien ihrer Verantwortung im dargelegten Sinne in keiner Weise gerecht wurden und uns zudem hier im Saal in die Irre führen.

Meine Damen und Herren Kleinaktionäre und Kleinaktionärinnen, seit Jahren zeigen Sie - sehr zum Ärger der Großaktionäre, Vorstände und Aufsichtsräte - Zivilcourage. Wer bereits öfter hier war, weiß, dass bis zu mehreren

Millionen Aktien regelmäßig mit uns gegen die Anträge des Vorstands stimmen.

Allerdings fällt immer wieder auf, dass viele AktionärInnen zwar mit uns gegen die Entlastungen stimmen, dies aber bei dem Gewinnantrag in weitaus geringerem Umfang tun. Ich möchte Sie ausdrücklich ermuntern, auch bei den Gewinnen ein deutliches Signal für die dringend gebotene Umverteilung der Gewinne im Sinne unseres Gegenantrages zu setzen. Natürlich ist uns klar, dass die Großaktionäre und Banken mit ihren Multi-Millionen-Paketen nicht mit uns stimmen werden; aber Sie, die KleinaktionärInnen, sind nur ihrem Gewissen verpflichtet, stimmen Sie mit „Nein“.

Sollten Sie die Hauptversammlung vorzeitig verlassen, aber dennoch mit uns stimmen wollen, so lassen Sie Ihre Aktien nicht von BAYER unten am Ausgang vertreten, sondern von uns. Sie finden uns hier vorne, von Ihnen aus gesehen links.

Stärken Sie mit ihren Aktien das wichtige Signal für soziale Sicherung, Umweltschutz und Menschenrechte. Stimmen Sie bei ALLEN Tagesordnungspunkten als Ausdruck Ihres Einsatzes für Umwelt, soziale Sicherheit und Frieden mit NEIN!

[www.robinwood.de](http://www.robinwood.de)

# Wählen Sie aktiv oder radioaktiv?

Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_ E-Mail: \_\_\_\_\_

Konto-Nr.: \_\_\_\_\_

BLZ, Bank: \_\_\_\_\_

**ROBIN WOOD** e.V.  
Geschäftsstelle  
Postfach 10 21 22  
28021 Bremen

## Ich wähle aktiv!

Ich traue lieber meinem eigenen Vorstand als der Atomlobby. Ich will mehr erneuerbare Energien statt Atom Müll und ich weiß, dass es dabei auch auf mich ankommt.

Ich möchte das Energiespezial des ROBIN WOOD-Magazins im Anti-Atom-Wahljahr 2009 kostenlos bestellen

Ich möchte mehr Infos über ROBIN WOOD

Ich möchte ROBIN WOOD mit einer Spende unterstützen

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift

## CBG auf dem Kirchentag

# Zeichen gegen Bienensterben



Das Kirchentagsteam

*Es ist schon eine gute Gewohnheit geworden: Alle zwei Jahre reisen die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) und die SOLIDARISCHE KIRCHE IM RHEINLAND gemeinsam zum evangelischen Kirchentag und errichten auf dem „Markt der Möglichkeiten“ einen Informationsstand. Im Mittelpunkt diesmal: „30 Jahre CBG“ und „Bienensterben durch BAYER-Pestizide“.*

*Von Uwe Friedrich*

Im letzten Jahr feierte die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN ihr 30-jähriges Bestehen. 1978 gründete sich nach Störfällen in den BAYER-Werken Wuppertal und Dormagen eine Bürgerinitiative, aus der Anfang der 80er Jahre die CBG hervorging. Mit dem Anspruch, weltweit alle Probleme „rund um BAYER“ zu dokumentieren und gemeinsam mit Betroffenen, AnwohnerInnen und UmweltschützerInnen für deren Beseitigung zu kämpfen. Hundertfach gelang es der Coordination seitdem, die Schattenseiten der BAYE-Geschäftspolitik aufzuzeigen. 30 Jahre Widerstand und konzernkritische Aktion wurden deshalb in Bildern und Fakten auf dem Informationsstand dargestellt – optisch verbunden mit einem überdimensionalen Geburtstags-Blumenstrauß. Zudem wollten die TeilnehmerInnen aus CBG, solidarischer Kirche und Düsseldorfer Kirchengemeinden die Gelegenheit nutzen, auf dem Bremer Kirchentag möglichst viele Menschen für die Nicht-Wiedezulassung bienengiftiger Pestizide von BAYER zu gewinnen. Denn Pestizide stellen eine große Gefahr für Bienen dar. Der

von BAYER hergestellte Wirkstoff Imidacloprid (Handelsname: GAUCHO) wurde in Frankreich schon 1999 verboten; auch das Nachfolgeprodukt Clothianidin (Handelsname: PONCHO PRO) erhielt dort wegen Bienengefährlichkeit keine Zulassung. Anders in der Bundesrepublik. In Süddeutschland kam es deshalb im Mai 2008 zu einem katastrophalen Bienensterben. In allen untersuchten Bienen wurde der Wirkstoff Clothianidin nachgewiesen. Das Bundesministerium für Landwirtschaft untersagte daraufhin den weiteren Einsatz der Giftstoffe – jedoch nur vorläufig. Die Umweltverbände BUND, Naturschutzbund (NABU), die CBG und das PESTIZID AKTIONS-NETZWERK haben daraufhin das „Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit“ (BVL) aufgefordert, sämtliche Studien öffentlich zu machen und die bienengefährlichen Pestizide vom Markt zu nehmen.

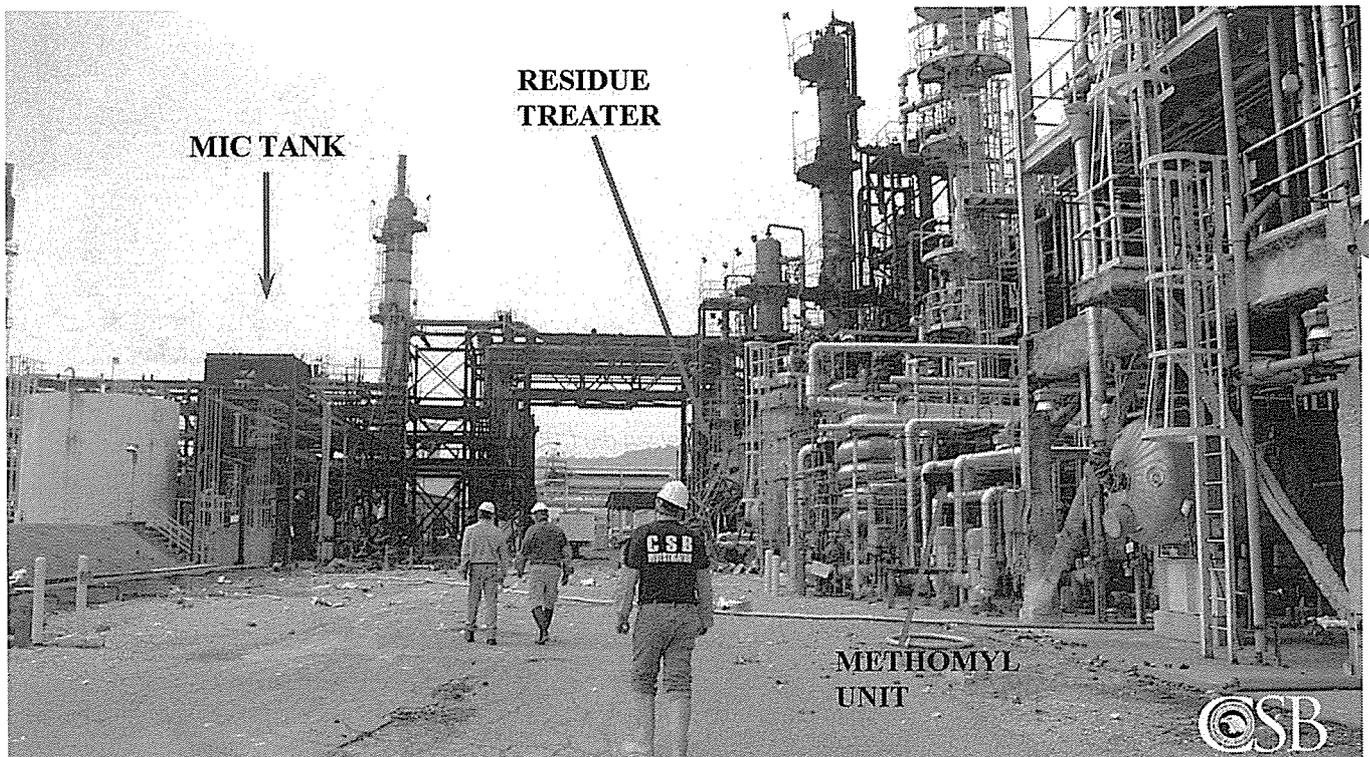
Über 400 Teilnehmer des Bremer Kirchentags schlossen sich diesen Forderungen an und unterschrieben eine entsprechende Petition an das BVL in Form einer Postkarte. Umrahmt wurde diese

Aktion von Informationsangeboten zum Themenkreis „Honiggewinnung – Pestizideinsatz – Bienensterben“.

Und kaum zu Hause, erreichte die KirchentagsaktivistInnen eine frohe Botschaft: Das „Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit“ hat am 26. Mai dem im Oktober 2008 gestellten Antrag der Coordination zur Veröffentlichung der PONCHO-Studien stattgegeben und den Widerspruch von BAYER zurückgewiesen. BAYER hatte zwar behauptet, dass die Studien-Ergebnisse dem Betriebs- und Geschäftsgeheimnis unterliegen, aber das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit maß dem öffentlichen Interesse an der Offenlegung der Studien ein höheres Gewicht bei. Zumindest teilweise: Im Juni nahm das BVL ihre Entscheidung nämlich wieder ein bisschen zurück und gewährte nur eine Einsichtnahme in die Unterlagen. Offen ist jedoch nach wie vor die Hauptentscheidung über die Wiedezulassung von PONCHO. Trotzdem motiviert dieses Ergebnis, den nächsten Kirchentag 2011 in Dresden ebenso engagiert anzugehen.

## Kongress-Anhörung zu Institute

# „...hätte Bhopal in den Schatten stellen können“



Nur 20 Meter vom hochgegangenen residue treater entfernt: der MIC-Tank

Seit Jahren kritisiert die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN die Sicherheitslage im US-Werk Institute, der einstigen „Schwester-Fabrik“ von Bhopal. In Institute lagern große Mengen der hochgiftigen Chemikalie MIC, die in Bhopal Tausende Menschen tötete. Nun wurde im US-Kongress der jüngste schwere Störfall in dem Werk untersucht - mit erschreckenden Ergebnissen: Sicherheits-Systeme waren deaktiviert und die Werksleitung verbreitete wochenlang Falschaussagen. Eine ganze Region schrammte knapp an einer Katastrophe vorbei, lautete das Resümee.

Von Philipp Mimkes

28. August 2008: Ein fünfzig Meter hoher Feuerball steigt über BAYERs Pestizidfabrik in Institute im US-Bundesstaat West Virginia auf. AugenzeugInnen sprechen von „Schockwellen wie bei einem Erdbeben“, die Erschütterungen sind in einem Umkreis von mehr als zehn Meilen zu spüren. Tausende AnwohnerInnen dürfen über Stunden ihre Häuser nicht verlassen.

Sicherheitskräfte werden aus Angst vor austretenden Chemikalien abgezogen. Eine nahe gelegene Autobahn wird geschlossen. Ein Arbeiter stirbt, ein zweiter wird später seinen schweren Verbrennungen erliegen.

Im April 2008 hatten Vertreter der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) in der Hauptversammlung des Kon-

zerns vor den beträchtlichen Risiken gewarnt, die von der Anlage ausgehen. In dem Werk, das seit 2001 zu BAYER gehört, kommen große Mengen des einstigen Kampfgases Phosgen und der in Bhopal ausgetretenen Chemikalie Methyl Isocyanat (MIC) zum Einsatz. An keinem anderen Ort in den USA lagert derart viel MIC, mindestens das Doppelte der in Bho-

pal ausgetretenen Menge, während der Leverkusener Multi an seinen bundesdeutschen Standorten aus Sicherheitsgründen längst auf solche Tanks verzichtet.

Dennoch wies BAYER-Chef Werner Wenning jeglichen Handlungsbedarf zurück: Die Anlagen entsprächen den „neuesten Sicherheitsstandards“ und hätten eine „ausgezeichnete Störfallbilanz“; die Behörden hätten die hohe Sicherheit „ausdrücklich gelobt“. Die Forderung der CBG nach einem Abbau der Tanks und einer Umstellung auf eine „just in time“-Produktion wurde als unqualifiziert abgewiesen. Dabei war ein Worst-Case-Szenario zu dem Ergebnis gekommen, dass im Falle eines GAUs in einem Umkreis von bis zu fünfzehn Kilometern tödliche Vergiftungen auftreten könnten. Direkt neben den Chemieanlagen in Institute befinden sich ein Wohnviertel und die „West Virginia State University“.

Selbst nach der Explosion vier Monate später wiegelten SprecherInnen des Konzerns ab. Die Sicherheits-Einrichtungen hätten funktioniert, es seien keine Chemikalien ausgetreten, die großen MIC-Tanks lägen in einem anderen Teil der Anlage. Erst Wochen später stellte sich heraus, dass sich weniger als 20 Meter vom Explosionsort entfernt ein überirdischer MIC-Zwischenbehälter befindet. Auch die Rettungsarbeiten verliefen keineswegs reibungslos, wie aus den von der Feuerwehr nachträglich veröffentlichten Aufzeichnungen der Telefonate aus der Unglücksnacht hervorgeht: Über Stunden hinweg waren die Sicherheitskräfte vom Pförtner (!) abgewimmelt worden. Kent Carper, Präsident des zuständigen Verwaltungsbezirks Kanawha County, kritisierte, dass die Feuerwehr erst zweieinhalb Stunden nach der Explosion über die Gefährlichkeit der ausgetretenen Chemikalien informiert wurde. Im Falle eines Austritts von MIC oder Phosgen hätte den AnwohnerInnen laut Carper deshalb nicht geholfen werden können.

Die US-amerikanische Arbeitsschutzbehörde OSHA kommt in ihrer Untersuchung des Störfalls ebenfalls zu einem wenig schmeichelhaften Ergebnis: „mangelhafte Sicherheits-Systeme, signifikante Mängel der Notfall-Abläufe und eine fehlerhafte Schulung der Mitarbeiter“. Insgesamt stellte die OSHA dreizehn „schwere Verstöße“ gegen Sicherheitsbestimmungen fest und verhängte aus diesem Grund eine Strafe von 143.000 Dollar.

### Vor dem US-Kongress

Daraufhin strengte auch das staatliche „Chemical Safety Board“ eine detaillierte Überprüfung der Vorgänge an. Die Ergebnisse wurden Ende April in einem Untersuchungsausschuss im US-Kongress vorgestellt. Schon die Einberufung des Ausschusses durch den einflussreichen Abgeordneten Henry Waxman war ein ungewöhnlicher Vorgang, da Störfälle normalerweise auf bundesstaatlicher Ebene untersucht werden. Vertreter von BAYER wurden von den Mitgliedern des Repräsentantenhauses ebenso befragt wie die örtliche Bürgerinitiative, die Feuerwehr und der Gouverneur von West Virginia. Die COORDINATION wurde im Vorfeld mehrfach telefonisch interviewt, um die von BAYER in der Hauptversammlung ignorierten Warnungen zu erhellen.

Der Kongress-Bericht kommt zu alarmierenden Ergebnissen. Die Explosion wurde demnach durch unkontrolliert steigenden Druck in einem Rückstandsbehälter verursacht. Wegen eines Konstruktionsfehlers waren Sicherheits-Systeme, die einen solchen Druckanstieg verhindern sollten, vorsätzlich deaktiviert worden. Dies war der Werksleitung bekannt, die Katastrophe hätte daher laut Bericht „leicht verhindert werden können“. Die Aussage von BAYER, wonach keine gefährlichen Stoffe in die Umgebung gelangten, sei „eindeutig falsch“ - tatsächlich traten rund 10.000 Liter Chemikalien aus. Die BAYER-MitarbeiterInnen waren dem Report zufolge mangelhaft geschult und wegen extremer Überstunden übermüdet, es fehlten zudem Worst-Case-Szenarien und eindeutige Vorgaben für Notfälle. Die MIC-Detektoren im fraglichen Teil der Anlage waren defekt, auch funktionierte die Video-Überwachung nicht. Es ist daher unklar, welche Stoffe in welcher Menge die Werksgrenze überwandern.

Der schwerwiegendste Teil der Ergebnisse betrifft den MIC-Tank, der sich nur 20m von dem Explosionsort entfernt befindet und der zum Zeitpunkt des Unglücks sieben Tonnen Giftgas enthielt. Wörtlich heißt es: „Die Explosion in dem BAYER-Werk war besonders beunruhigend, weil ein mehrere Tonnen wiegender Rückstandsbehälter 15 Meter durch das Werk flog und praktisch alles auf seinem Weg zerstörte. Hätte dieses Geschoss den MIC-Tank getroffen, hätten die Konsequenzen das Desaster in Bhopal 1984 in den Schatten stellen können.“ Es sei reiner Zufall gewesen, dass der Behälter in eine andere Richtung flog.

### Impressum



Stichwort BAYER - Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern  
27. Jahrgang

Postvertriebsstück G 10848  
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,  
Fon: (0211) 333911, Fax: (0211) 333940

Herausgeberin und Vertrieb:  
COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. (CBG e. V.)  
Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei  
BAYER - weltweit.

Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.

e-mail: CBGnetwork@aol.com

http://www.CBGnetwork.org

Wir bitten um Zusendung von LeserInnen-,  
Protest- und Bestellbriefen.

Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Mitwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Konzernkritik braucht Unterstützung. *Stichwort BAYER* braucht AbonnentInnen. Nutzen Sie den Coupon der Abo-Anzeige in diesem Heft und abonnieren Sie. Oder - noch besser! - werden Sie (Förder-)Mitglied unseres Netzwerkes. Im Rahmen einer (Förder-)Mitgliedschaft erhalten Sie *Stichwort BAYER* automatisch ohne weitere Kosten. Je ein Exemplar von *Stichwort BAYER* wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. LeserInnen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmten, in *Stichwort BAYER* behandelten Themen, Stellung zu beziehen.

Redaktion: Vi.S.d.P. Hubert Ostendorf (ho), CvD: Axel Köhler-Schnura (aks), Mitarbeit: Philipp Mimkes (pm), Uwe Friedrich (uf), Jan Pehrke (jp), Udo Hörster (uh)

Verlag: Eigenverlag

Vertrieb: CBG

Layout: Michaela Justus

Druck: Mediengruppe Neuer Weg GmbH

Bankverbindung: GLS-Bank, Konto-Nr. 8016533000  
BLZ 430 609 67, IBAN DE88 430 609 67 8016 533 000  
BIC GENODEM1GLS

Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01.01.2005  
(1/1 S. sw 800,- Euro, zzgl. MWSt.)

*Stichwort BAYER* erscheint in 4 Ausgaben pro Jahr jeweils zum Ende des Quartals.

#### Bei Umzug bitte neue Adresse mitteilen

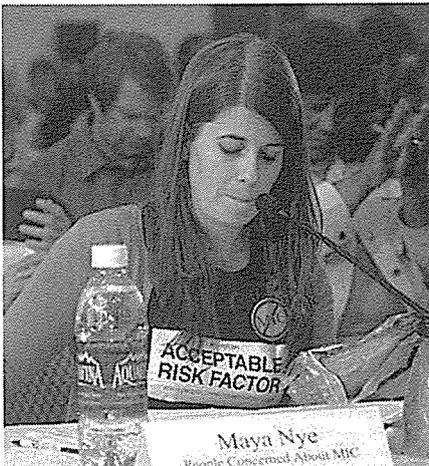
Die Post teilt uns bei Umzug die neue Adresse nicht mit. Soll *Stichwort BAYER* Sie auch weiterhin erreichen, informieren Sie uns bitte über Ihre neue Anschrift.

Der Nachdruck von Artikeln aus *Stichwort BAYER* ist ausdrücklich erwünscht. Honorar nach Vereinbarung. Diskette oder eMail bitte unter 0211/33 39 11 anfordern. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Photographien wird keine Haftung übernommen. Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in *Stichwort BAYER* ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.

#### Auszeichnungen:

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. erhielt 1999 den Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Oberhausen sowie 1998 und 1990 den Preis von Business Crime Control. Das CBG-Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura erhielt den „Preis für Zivilcourage 2000“.

Beirat: Dr. Erika Abczynski/Kinderärztin/Dormagen, Eva Bulling-Schröter/Mitglied des Bundestags/Berlin, Wolfram Esche/Rechtsanwalt/Köln, Prof. Jürgen Junginger/Designer/Krefeld, Dr. Sigrid Müller/Pharmakologin/Bremen, Prof. Dr. Jürgen Roehlitz/Chemiker/Burgwald, Dr. Janis Schmelzer/Historiker/Berlin, Prof. Dr. Anton Schneider/Baubiologe/Holzham, Dorothee Sölle/Theologin/Hamburg (+ 2003)



Maya Nye bei der Anhörung in Institute

### Geheimhaltungskampagne

VertreterInnen von BAYER hatten in der Anhörung zugegeben, dass die Firma Anti-Terrorgesetze dazu missbraucht hat, um die öffentliche Diskussion über die Sicherheitslage in Institute abzuwürgen. William Buckner, der US-Vorstand von BAYER CROPSCIENCE, räumte unter Eid ein: „Es gab natürlich geschäftliche Gründe, die unserem Wunsch nach Vertraulichkeit zugrunde lagen. Hiermit sollte negative Publicity vermieden werden. Außerdem wollten wir verhindern, dass öffentlicher

Druck entsteht, die Menge des gelagerten MIC zu reduzieren“. Greg Babe, Vorstandsvorsitzender von BAYER/USA, ergänzte ungewöhnlich offen: „Wir haben uns hinter der Anti-Terrorgesetzgebung versteckt, um Informationen zurückzuhalten.“

Das Unternehmen hatte zuvor Tausende von Dokumente als sicherheitsrelevant eingestuft, um diese der Untersuchung entziehen zu können. AnwältInnen von BAYER hatten sich dabei auf den „Maritime Transportation Security Act“ zum Schutz von Häfen und Wasserwegen berufen, obwohl sich die Fabrik rund 500km vom Meer entfernt befindet. Die erforderliche Prüfung der Unterlagen legte das „Chemical Safety Board“ monatelang lahm, was auch im Sinne des Erfinders war, und ergab schließlich: 90 Prozent des Materials ist nicht sicherheitsrelevant!

Angesichts der Lügen der Werksleitung direkt nach dem Unfall und der Behinderung der Ermittlungen urteilte der US-Kongress: „BAYER beteiligte sich an einer Geheimhaltungskampagne. Die Firma hat den Sicherheitskräften entscheidende Informationen vorenthalten, den Ermittlern der Bundesbehörden nur eingeschränkten Zugang zu Informationen gewährt, die Ar-

beit von Medien und Bürgerinitiativen unterminiert und die Öffentlichkeit unrichtig und irreführend informiert.“

Von der *New York Times* und dem *Wall Street Journal* bis hin zu den großen TV-Anstalten berichteten die überregionalen Medien ausführlich über die Ergebnisse. Im Mittelpunkt standen dabei die Risiken, die AnwohnerInnen chemischer Anlagen tragen, und die von BAYER betriebene Geheimhaltung. *USA Today* schrieb in einem Kommentar: „Der Vorgang ist ein warnendes Beispiel dafür, wie leicht es für ein Unternehmen ist, eine Regierungsbehörde praktisch handlungsunfähig zu machen. Wir dürfen es Firmen wie BAYER nicht erlauben, mittels Anti-Terror-Gesetzen von minderwertigen Sicherheitsstandards abzulenken. Die einfache Wahrheit ist, dass das Risiko der Anwohner, durch einen Störfall zu sterben, viel größer ist als die Gefahr von Terroranschlägen“.

### Anhörung vor Ort

Eine zweite Anhörung fand ebenfalls Ende April statt, Ort war diesmal die Universität von West Virginia, deren Campus direkt an das Werk grenzt. Mehrere hundert AnwohnerInnen nahmen teil. Das Hearing war ursprünglich für Anfang März

# Z.

## Zeitschrift Marxistische Erneuerung

Vierteljahrszeitschrift 20. Jahrgang, Nr.78, Juni 2009, 240 Seiten

### Wirtschaftskrise – Folgen – Alternativen

Goldberg – Die historische Stellung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise / Leibiger – Weltwirtschaftskrise – Ursachen und Verlauf / Huffschmid – Das Ende des Finanzmarktkapitalismus? / Zeise – Die Herrschaft des Finanzkapitals ist angeknackst / Fiehler – Das Liquiditätsproblem in der Weltmarktkrise / Hensel – Die Namen des Geldes / Werner – Zur Psychologie der Krise / Boris – Globale Ungleichgewichte / Wahl – Global Governance / Lauer mann – Chinas Antwort auf die Finanzkrise / Bischoff – Die Finanzkrise und Alternativen / Wagenknecht – Brandstifter als Feuerwehr / Fisahn – Demokratische Steuerung der Ökonomie

### Militarisierung – NATO und EU

Ruf – Die NATO: Kriegs bündnis und Herrschaftsinstrument / Schirmer – Die Militarisierung der EU

**Und:** Bolldorf – Fußball und neoliberale Hegemonie / Gehring – Hegemonie- und Europapolitik der türkischen AKP

### Sowie: Berichte, Buchbesprechungen

**Z** Einzelpreis: 10,- Euro (zzgl. Versand) im Abo: 33,50 Euro; Auslandsabo 40,- Euro (4 Hefte/ Jahr incl. Vers.) Studenten-Abo: Inland 26,50 u. Ausland 34,- Euro. Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt:

Z-Vertrieb: Postfach 500 936, 60397 Frankfurt am Main, Tel./Fax 069 / 5305 4406

[www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de](http://www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de) - [e-mail:redaktion@zme-net.de](mailto:redaktion@zme-net.de)

geplant, war jedoch nach juristischen Drohungen des Unternehmens verschoben worden.

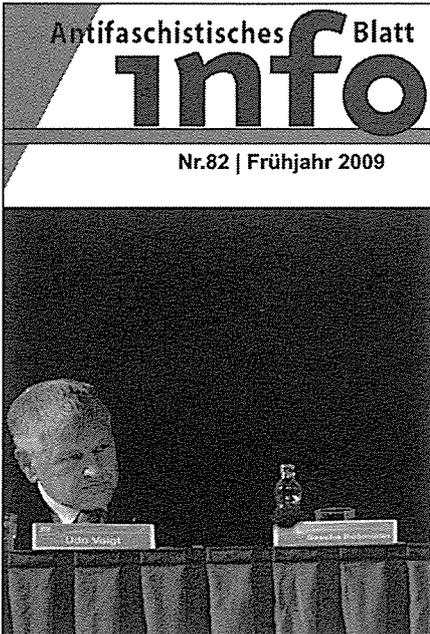
Das „Chemical Safety Board“ bat die CBG im Vorfeld um eine Stellungnahme, die in der Anhörung verlesen wurde. Zu den befragten Zeugen gehörten neben der Werksleitung, dem Leiter der Rettungskräfte und dem Präsidenten des „Chemical Safety Board“ auch Maya Nye, Vorsitzende der Bürgerinitiative PEOPLE CONCERNED ABOUT MIC. Die Initiative, die eine MIC-freie Produktion fordert, wurde in den 80er Jahren nach den ersten schweren Störfällen in Institute gegründet. „Wir möchten keine gefährlichen MIC-Tanks, weder in unserer Nachbarschaft noch irgendwo sonst. Wir fordern BAYER auf, die Gefährdung der Anwohner zu beenden, in allen Werken weltweit“, drängte Nye bei dem Termin (ein ausführliches Interview mit ihr findet sich in *Stichwort BAYER 4/2008*).

Bis heute stehen die betroffenen Anlagen in Institute still, in anderen Bereichen der Fabrik werden MIC und Phosgen jedoch unverändert eingesetzt. Dass die Konzernleitung gewillt ist, möglichst schnell zum business as usual zurückzukehren, zeigt ein Blick in den 200 Seiten starken Ge-

schäftsbericht 2008: Der schwerste Zwischenfall in einem BAYER-Werk seit 1999 wird mit keinem einzigen Wort erwähnt, auch der Tod der beiden Mitarbeiter ist dem Konzern kein Wort des Bedauerns wert. Und in der Hauptversammlung am 12. Mai tönte BAYER-Chef Wenning trotz der Ergebnisse des Untersuchungsausschusses, dass die „Sicherheits-Einrichtungen in Institute funktionierten“, die „MIC-Tanks nicht betroffen waren“ und „alle erforderlichen Unterlagen zu Verfügung gestellt wurden“.

Aber so einfach dürfte der Chemie-Multi nicht wieder zur Tagesordnung übergehen können. Die Vorsitzenden von vier ständigen Ausschüssen im Repräsentantenhaus forderten BAYER auf, die Lagerung von MIC drastisch zu reduzieren oder ganz aufzugeben und kündigten entsprechenden Gesetzes-Vorschläge an. Der Gouverneur von West Virginia, eigentlich seit Jahrzehnten ein enger Verbündeter der Chemie-Industrie, schloss sich dem Vorstoß aus Washington an und verfügte darüber hinaus, dass schwere Störfälle den Behörden künftig innerhalb von 15 Minuten gemeldet werden müssen.

**Antifaschistisches Blatt**  
**info**  
Nr.82 | Frühjahr 2009

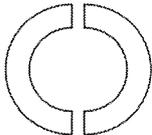


**Führungskrise und Finanzdebakel - Die NPD kämpft gegen sich selbst**

Kostenloses Probeexemplar:  
Antifaschistisches Infoblatt  
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin  
e-mail: mail@antifainfoblatt.de  
web: www.antifainfoblatt.de

Einzelexemplar 3,10 Euro  
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)



**ProSolidar**   
Leben statt Profit

## Geld & Kinder

Eltern denken bei Finanzanlagen an Ihre Kinder und Enkel. Und übersehen, dass diese auf Kosten von Umwelt, Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit gehen.

ProSolidar wird der Verantwortung gegenüber kommenden Generationen gerecht. Statt Geldrendite setzt ProSolidar auf Lebensrendite. Es gilt das Prinzip: Leben statt Profit.

**Jetzt handeln. Fordern Sie das kostenfreie Anlage-Prospekt an.**

ProSolidar  
Schweidnitzer Str. 41 Fon 0211 - 26 11 210  
40231 Düsseldorf Fax 0211 - 26 11 220

Mail [info@prosolidar.net](mailto:info@prosolidar.net)

### Coupon:

**Geben Sie den Solidar-Interessen mehr Gewicht.**

Ja, mich interessiert ProSolidar. Bitte schicken Sie mir unverbindlich das kostenfreie Anlage-Prospekt.

Vorname

Name

PLZ

Ort

Straße

Fon

Fax

Alter

Email

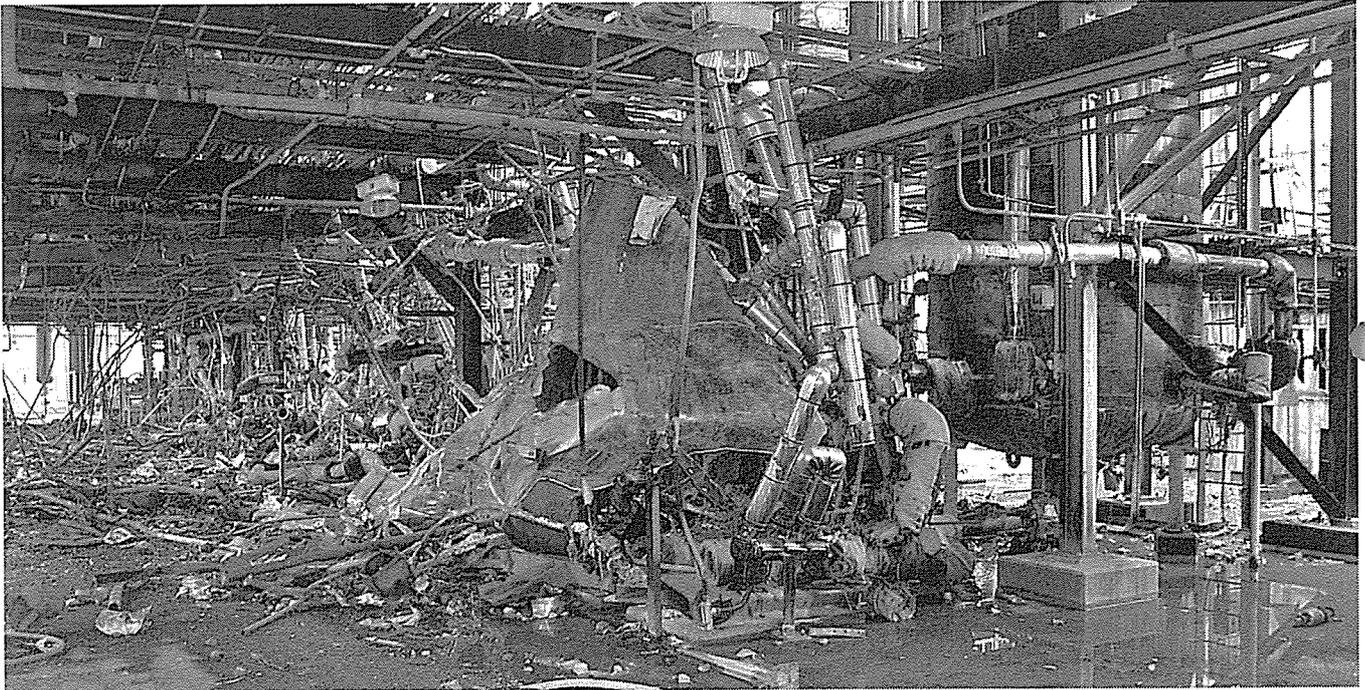
Bitte zurücksenden an:

ProSolidar  
Schweidnitzer Str. 41 Fon 0211 - 26 11 210  
40231 Düsseldorf Fax 0211 - 26 11 220

Mail [info@prosolidar.net](mailto:info@prosolidar.net)

## Ein GAU als PR-Problem

# BAYERs Krisenreaktionskräfte



Institute: nach der Explosion

*Im Zuge der Untersuchung der Explosion am BAYER-Standort Institute fanden mehrere Strategiepapiere des Konzerns den Weg in die Öffentlichkeit. Diese skizzieren, wie das Unternehmen das Vertrauen der Öffentlichkeit zurückzugewinnen gedachte. Neben umfangreicher Öffentlichkeitsarbeit, Spenden an wohltätige Organisationen und juristischen Manövern wird darin beschrieben, wie hartnäckige KritikerInnen „marginalisiert“ werden sollen.*

Von Philipp Mimkes

Der nach dem schweren Störfall im US-Werk Institute eingesetzte Untersuchungsausschuss des US-amerikanischen Repräsentantenhauses (siehe Artikel in diesem Heft) beschlagnahmte Hunderte von BAYER-internen Dokumenten. Darunter finden sich u. a. die Aufzeichnung der Gespräche zwischen Feuerwehr und VertreterInnen des Werks, Unterlagen über die interne Abstimmung der Medienarbeit, Empfehlungen einer von BAYER engagierten Anwaltskanzlei sowie ein Strategiepapier zur Wiedergewinnung des Vertrauens der Öffentlichkeit. Die Papiere ermöglichen einen seltenen Einblick in die Krisenkommunikation eines großen Chemie-Konzerns.

Die Veröffentlichung des Funkverkehrs nach der Explosion zeigt, dass verschiedene Rettungskräfte über Stunden hinweg vergeblich versuchten, Aussagen zum Ausmaß des Störfalls, zu ausgetretenen Chemikalien und zur Bedrohung der AnwohnerInnen zu erhalten. Mehrfach wurde Feuerwehrlenten, der Polizei, der Umweltbehörde und sogar dem Leiter des Katastrophenschutzes der Zugang zum Werk verweigert. Trotzdem behauptete die Werksleitung, dass sie alle verfügbaren Informationen unmittelbar an die Rettungskräfte weitergegeben habe. Diese Aussage haben die Verantwortlichen vom Blatt abgelesen: Sie ist einer internen Handreichung zur Krisen-PR entnommen,

auf der sich vorgeblich positive Informationen befinden, die in den Tagen nach der Explosion gegenüber der Öffentlichkeit betont werden sollten. Hervorgehoben werden darin neben der „sehr guten Notfall-Reaktion“ das „hohe Engagement der Belegschaft“ und das „nach drei Tagen stark gesunkene Medien-Interesse“.

Welchen Aufwand das Unternehmen betreibt, die öffentliche Diskussion zu beeinflussen, zeigt der Einsatz der Kanzlei MCDERMOTT, WILL & EMERY, die mit über 1.100 RechtsanwältInnen zu den größten und teuersten Sozietäten weltweit gehört. Eine einfache E-mail des mit der Untersuchung betrauten „Chemical

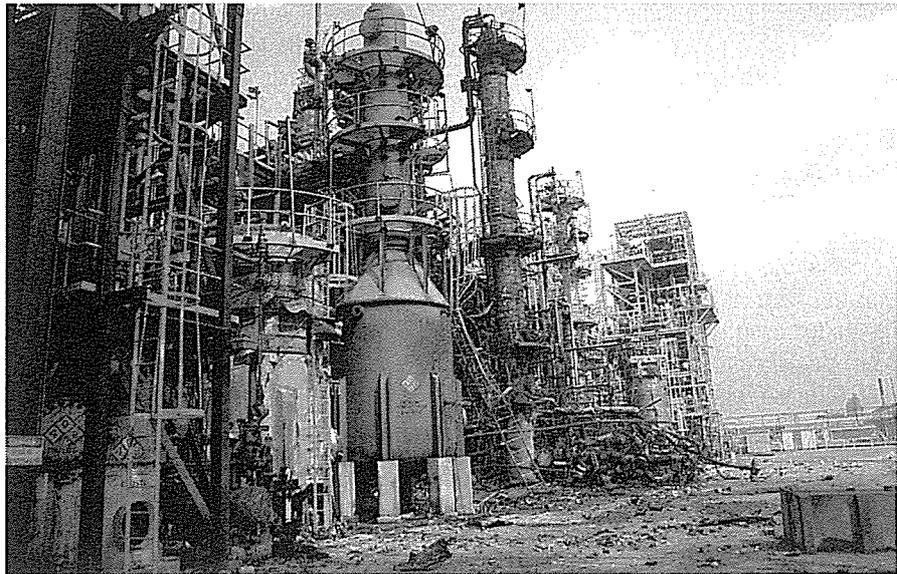
Safety Boards“, in der drei Fragen zur Verwendung der Chemikalie MIC gestellt werden, wurde mit einem fünfseitigen Schreiben von Robert Gombar aus dem Washingtoner Büro der Sozietät beantwortet. Um jedes einzelne Wort wird in dem Brief ausführlich gerungen. Gombar war früher Mitarbeiter der US-Arbeits-schutzbehörde OSHA und stellt sein Wissen nun der Industrie als Leiter der „Katastrophenreaktions-Gruppe“ von MCDELMOTT, WILL & EMERY zu Verfügung.

AnwältInnen der Kanzlei gelang es auch, eine Mitte März geplante öffentliche Anhörung des staatlichen „Chemical Safety Boards“ zu verhindern, da eine Diskussion über die Sicherheit chemischer Anlagen angeblich gegen Anti-Terrorgesetze verstoße. Erst als sich der US-Kongress einschaltete, konnte die Anhörung mit sechs-wöchiger Verspätung stattfinden. Die Kanzlei wollte der Behörde zunächst interne Unterlagen ganz vorenthalten, schließlich wurden Tausende von Dokumenten als sicherheitsrelevant klassifiziert. Das „Chemical Safety Board“, das mit 36 MitarbeiterInnen über weit geringere Kapazitäten verfügt als BAYER, war mit der Klärung der rechtlichen Fragen wochenlang ausgelastet.

Im US-Kongress räumten VertreterInnen von BAYER später unter Eid ein, mit der Anti-Terror-Diskussion sollte verhindert werden, dass öffentlicher Druck zum Abbau der MIC-Tanks auf dem Werks-gelände entsteht. Der Untersuchungsbericht kritisiert das Vorgehen der Werksleitung: „In den Monaten nach der Explosion setzte BAYER Öffentlichkeitsarbeit und juristische Mittel ein, um Enthüllungen über das Vorgehen der Firma zu verhindern. BAYER versuchte zudem in teilweise unzulässiger Weise, mit Hilfe von Gesetzen zur maritimen Sicherheit Informationen über die Explosion zu verheimlichen.“

### Mit Werbeagentur

Die Öffentlichkeitsarbeit vor Ort betreibt BAYER mit Unterstützung der auf Krisenkommunikation spezialisierten Agentur ANN GREEN COMMUNICATIONS. Einer Veranstaltung von AnwohnerInnen und Umweltverbänden kurz nach der Explosion blieben VertreterInnen des Konzerns – trotz Einladung – fern. Stattdessen organisierte die Agentur wenige Wochen später eine eigene Veranstaltung. Spontane Wortmeldungen und Diskussionen waren hierbei unerwünscht, nur vorher eingereichte Beiträge wurden zugelassen;



es dominierte ein ausführlicher Vortrag der Werksleitung.

Von Ann Green, der Leiterin der Agentur, stammt auch ein achtseitiges Strategiepapier, das zu großen Teilen bereits umgesetzt wurde. Die Details darin überraschen zwar nicht, finden sich aber höchst selten schwarz auf weiß wieder und sind daher ganz allgemein wertvoll für die Untersuchung von Konzern-Kommunikation.

In der Analyse der Situation räumt das Papier zunächst ein, dass es wegen mehrerer schwerer Störfälle in den vergangenen Jahrzehnten starke Vorbehalte gegen die Werks-sicherheit in Institute gibt. Anders als in den offiziellen statements wird die Kommunikation nach dem Unfall als fehlerhaft bezeichnet.

Im weiteren Verlauf verfolgt das von ANN GREEN ausgearbeitete Konzept einen Ansatz nach dem Motto „Zuckerbrot und Peitsche“. Ausführlich wird zunächst beschrieben, wie mit Hilfe von Spenden und intensiver Medienarbeit das Wohlwollen der Öffentlichkeit erkaufte werden soll: Für die Rettungskräfte wird ein „Dankeschön-Dinner“ veranstaltet, in dessen Rahmen Spenden für Funkgeräte und Computer angekündigt werden; der benachbarten Universität werden \$10.000 für Stipendien zu Verfügung gestellt; im Kunstmuseum der benachbarten Großstadt Charleston wird eine Ausstellung sowie die Vernissage gesponsort; \$25.000 gehen an das „West Virginia Symphony Orchestra“, weitere Spenden an ein Hilfsprojekt für Bedürftige und ein Basketball-Team.

Gleichzeitig werden zur, so wörtlich, „Verbesserung der Reputation“ eine Reihe öffentlicher Auftritte mit dem Gouverneur (der auch für die Ausstellungseröffnung

gewonnen werden konnte), den Bürgermeistern der umliegenden Gemeinden, dem Präsident der Universität, dem Leiter des Katastrophenschutzes, dem Leiter der Schulbehörde und anderer wichtiger Institutionen organisiert. Sogar auf der Obama-Welle will die Agentur surfen: Da die Öffentlichkeit augenscheinlich einen „change“ wolle, soll ein neuer Sprecher als „Gesicht des Werks“ aufgebaut werden. Dieser solle zum Kennenlernen lokale JournalistInnen und RedaktionsleiterInnen zu Arbeitssessen einladen und über den Rotary Club in die lokale High Society eingeführt werden.

### Kritik marginalisieren

Der Peitschen-Teil des Konzepts widmet sich der örtlichen Zeitung *The Charleston Gazette*, die seit Jahren investigativ über die Risiken des Werks berichtet, sowie der Bürgerinitiative PEOPLE CONCERNED ABOUT MIC (PCMIC), die seit 25 Jahren für mehr Sicherheit in dem Werk, insbesondere den Abbau der MIC-Tanks, kämpft.

Wörtlich heißt es: „Wir sollten versuchen, die PEOPLE CONCERNED ABOUT MIC zu marginalisieren und als irrelevant erscheinen zu lassen. Dies sollte gerade in der aktuell schwierigen ökonomischen Situation möglich sein, in der Arbeitsplätze so viel zählen.“ Der Ansatz für die kritische Lokalzeitung ist der gleiche: „Take a similar approach to *The Charleston Gazette*.“ Empfohlen wird, Informationen künftig nur konkurrierenden Medien zukommen zu lassen, die Zeitung als wirtschaftsfeindlich darzustellen und *The Charleston Gazette* keine Interviews mehr zu geben. Die Zeitung ging auf die Attacke ausführlich ein und gab



sich gelassen, man habe „breite Schultern“.

Für Einzelpersonen sind solche Angriffe eines Konzerns tatsächlich schwerer zu ertragen. Die Leiterin der Bürgerinitiative, Maya Nye, wird in dem Strategiepapier „ominous“ (ominös, Unheil bringend) genannt. Ihr Verhalten wird als feindlich bezeichnet, sie schrecke nicht davor zurück, mit auswärtigen KritikerInnen zu kooperieren (gemeint ist zweifelsohne die CBG) und die Forderung nach einem Verzicht auf Giftgase wie MIC und Phosgen aufrechtzuerhalten. Ziel von BAYER müsse es sein, ihre Kritik als „unanständig“ erscheinen zu lassen.

Sogar die staatlichen Behörden wurden von BAYER aufgefordert, nicht mit den PEOPLE CONCERNED ABOUT MIC zu kooperieren. Die Werksleitung drohte zunächst, der öffentlichen Anhörung fernzubleiben, wenn Maya Nye als Sprecherin zugelassen werde, hierauf ließ sich das „Chemical Safety Board“ glücklicherweise nicht ein. Nach der Beschlagnahmung und Veröffentlichung des Konzepts ruderte die Werksleitung rasch zurück: Man habe natürlich niemanden ausgrenzen wollen und werde auf Frau Nye zugehen.

Die CBG ist seit Jahrzehnten einer ver-

gleichbaren Ausgrenzungsstrategie von seiten BAYERs ausgesetzt und wurde bereits mehrfach verklagt. Axel Köhler-Schnura vom Vorstand des Verbands: „Seit der Gründung des Konzerns ist zu beobachten, dass BAYER mit Druck und Drohungen versucht, Information und - noch mehr - Kritik zu unterbinden. Die wirtschaftliche Macht wird rücksichtslos eingesetzt, um die Profite zu schützen. Die Wahrheit und die Interessen von Mensch und Umwelt bleiben dabei auf der Strecke.“

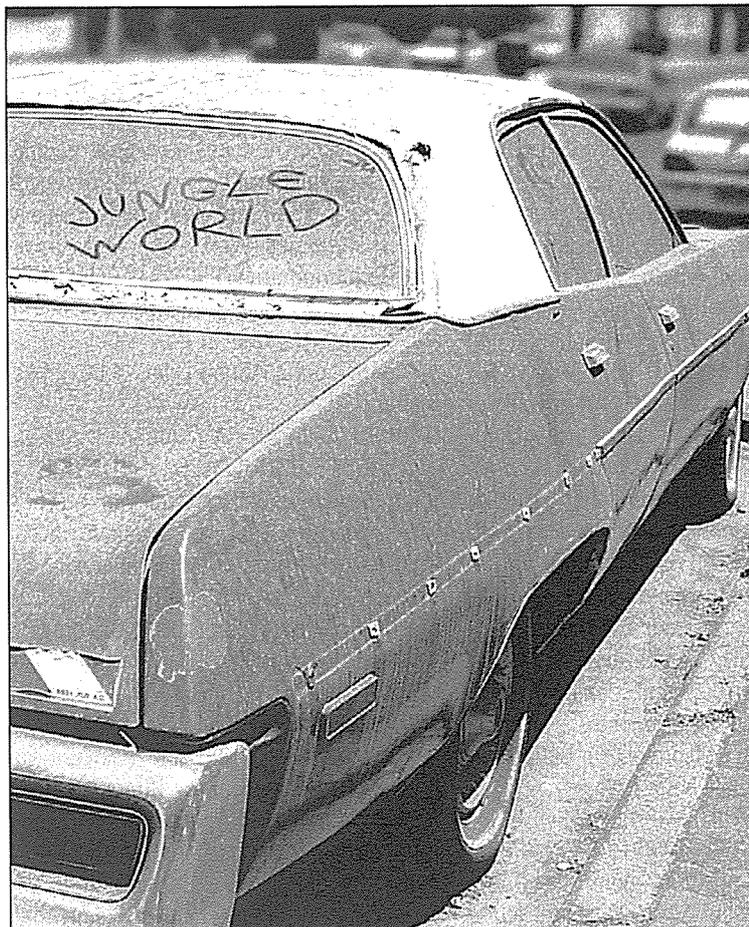
VertreterInnen der CBG forderten in der jüngsten BAYER-Hauptversammlung am 12. Mai in Düsseldorf, Sicherheitsmängeln nicht mit der Ausgrenzung von KritikerInnen, sondern mit einer Verbesserung der Sicherheitslage zu begegnen. Tatsächlich wird nirgendwo in dem Strategiepapier die Option diskutiert, auf die Lagerung von MIC und Phosgen zu verzichten und ein verbessertes Image über eine entscheidend verbesserte Sicherheitslage zu gewinnen.

#### PR - Maßnahmen

Unabhängig von den Problemen in West Virginia verlegt sich der Multi seit rund zehn Jahren verstärkt auf das Sponsoring

„glaubwürdiger“ Partner, z. B. Umweltgruppen, Universitäten, Hilfsorganisationen und sogar den Vereinten Nationen. Dies kostet nur einen Bruchteil klassischer Werbung – die vier bis fünfstelligen Spenden sind angesichts eines Werbebudgets von mehreren Milliarden sprichwörtlich peanuts - und bringt dennoch eine höhere Aufmerksamkeit. Die Veröffentlichung des Strategie-Papiers ist insofern von Bedeutung, als es dem Sponsoring die Maske vom Gesicht reißt: Es geht nie um die geförderten Projekte als solche, sondern stets und ausschließlich um die damit verbundene PR.

Schon vor Bekanntwerden des Konzepts hatte die CBG die Empfänger des Spendenregens, u. a. das Museum von Charleston und die Universität von North Carolina, aufgefordert, sich nicht als Feigenblatt missbrauchen zu lassen. Leider fällt es dem Agro-Riesen in Zeiten knapper öffentlicher Kassen leicht, Partner mit Renommee zu finden, die BAYER als altruistischen Förderer dastehen lassen. Die kritische Öffentlichkeit und insbesondere die Umweltbewegung ist aufgerufen, solche Aktivitäten als Ablenkungsmanöver zu enttarnen und konsequent auf Anlagensicherheit und Umweltschutz zu beharren.



**We  
brake  
for  
nobody.**

Gönnen Sie sich die volle Dröhnung  
Sinnlosigkeit, die jeder Neinsager  
braucht, um Sinn zu finden:  
<http://jungle-world.com/sinnsuche>

**BEREIT  
ZUR  
VERÄNDERUNG**

**DIE NEUE TAZ MIT SONNTAZ.**

Lernen Sie die taz neu kennen mit dem 5 Wochen Abo für nur 10 Euro.  
T (030) 25 90 25 90 | abo@taz.de | www.taz.de/neuetaz

**die tageszeitung**

## Brüssel als Türöffner?

**BAYER will Lizenz für LL62**

GREENPEACE-Protest vor BAYER-Niederlassung

Foto: GREENPEACE

*Von Brüssel aus in die ganze Welt: Der Leverkusener Multi hofft auf eine EU-Zulassung für seinen Genreis, um dann die halbe Menschheit damit beglücken zu können.*

*Von Philipp Mimkes*

Ende April hätte der EU-Ausschuss für Lebensmittel und Tiergesundheit eigentlich einen Antrag der BAYER AG behandeln sollen. Der Leverkusener Konzern wünscht eine Importzulassung für die gentechnisch veränderte Reissorte LL62. In letzter Minute wurde der Tagesordnungspunkt gestrichen – offiziell wegen des griechischen Osterfestes, das die Teilnahme einiger Mitglieder verhinderte.

Der Termin der orthodoxen Feiertage steht schon etwas länger fest und war kaum der wahre Grund für die kurzfristige Absage. Vielmehr dürfte es Kalkül der EU gewesen sein, nach dem Mitte April erfolgten deutschen Verbot von Bt-Mais keinen weiteren Streit zum Thema „Gentechnik“ aufkommen zu lassen. Denn mehrere EU-Staaten hatten bereits signalisiert, keine Zulassung für den sogenannten Liberty-Link-Reis zu erteilen. Schon bei einer ersten Abstimmung vor fünf Jahren hatten acht der damals fünfzehn EU-Staaten Bedenken geäußert. Mit gutem Grund: Liberty-Link-Reis ist resistent gegen das von BAYER hergestellte Herbizid Glufosinat. Eine gegen dasselbe Pestizid resistente Reis-Sorte von BAYER, LL601, war im Jahr 2006 trotz fehlender Zulassung weltweit in den Handel gelangt. Die Gründe dafür blieben immer im Dunklen. BAYER macht

himmlische Kräfte für den Gen-GAU verantwortlich und spricht von einem „Act of God“. Der vermeintliche Gott-GAU kam Handel und LandwirtInnen teuer zu stehen, die Einbußen beliefen sich auf über eine Milliarde Dollar. Schadensersatz hat BAYER bisher nicht geleistet, eine Sammelklage der betroffenen FarmerInnen ist noch anhängig.

Den Anbau von Gen-Reis plant BAYER außerhalb Europas, vornehmlich in Asien. Dort wäre eine Verunreinigung einheimischer Sorten unausweichlich. Zudem droht die Verdrängung lokal angepasster Reissorten, die ohne Gift-Einsatz auskommen. Sogar die „Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit“ (EFSA) hatte in ihrer Bewertung von LL62 das Risiko von Auskreuzungen als hoch bezeichnet. Da der Anbau nicht in Europa erfolgen soll, war diese Gefahr nach dem St. Florians-Prinzip jedoch nicht in die Bewertung eingeflossen. Auch die Risiken für Artenvielfalt und die Gesundheit der LandwirtInnen blieben unberücksichtigt.

Das Kultivieren von LL-Reis würde darüber hinaus zu einem massiven Einsatz von Glufosinat und in der Folge zu Gesundheitsschäden bei LandarbeiterInnen führen. Der Wirkstoff gehört zu den 17 Pestiziden, die wegen erwiesener Ge-

sundheitsgefahren nach dem neuen Pestizidgesetz der EU (SWB 1/09) keine neuerliche Zulassung erhalten dürfen. Ein Verbot giftiger Pestizide hierzulande bei gleichzeitigem Export der Risiken in „Entwicklungsländer“ wäre verantwortungslos.

Diesem Risikoprofil entspricht zudem ein Nährstoff-Profil, das zu wünschen übrig lässt. Der Gehalt an Kalzium, Eisen, Omega-9-Fettsäuren, Vitamin E und B5 entspricht nicht demjenigen vergleichbarer Sorten.

Schon im vergangenen Jahr hatte daher ein Bündnis von Umwelt- und Bauernverbänden Kanzlerin Merkel aufgefordert, keine Importzulassung für LL-Reis zu erteilen: „Für über 2,5 Milliarden Menschen ist Reis das wichtigste Grundnahrungsmittel. Die EU darf sich nicht über die ökologischen und sozialen Risiken von LL62 in den potenziellen Anbau-Ländern hinwegsetzen“, hieß es in dem Schreiben. Bislang hat der Leverkusener Multi nur in den USA die Lizenz zur Aussaat. Die angestrebte EU-Zulassung und die Verheißung des europäischen Exportmarkts sollen deshalb als Türöffner dienen, um andere Länder als Anbaustaaten zu gewinnen. Ob die EU BAYER diesen Gefallen tut, dürfte sich noch in diesem Sommer entscheiden.

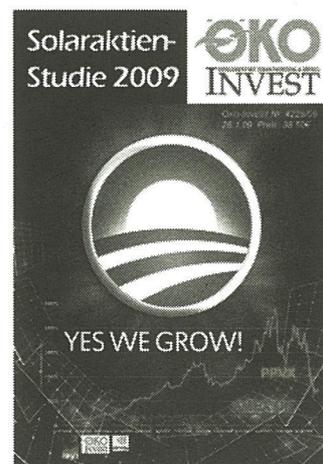
Wer sein Geld **ökologisch sinnvoll und rentabel** anlegen will, vertraut seit 1991 auf den Informationsdienst



- Er liefert aktuelle Informationen und Tipps zu
- ◆ Wind-, Solar- und Wasserkraftbeteiligungen,
  - ◆ **Umweltaktien-Musterdepot**
  - ◆ **Solar-Aktien-Index PPVX**  
(+645% von 2003 bis Ende 2008)
  - ◆ **Öko-Aktien-Index nx-25**  
(+167% von Mai 2003 bis Ende 2008)
  - ◆ Warnungen vor (grün-)schwarzen Schafen.

Ein kostenloses **ÖKO - INVEST - Probeexemplar** oder die 112-seitige **Solaraktien-Studie 2009** (38,50 Euro inkl. Versand) können Sie abrufen beim

**ÖKO-INVEST-Verlag**  
Schweizertalstr. 8-10/5  
A-1130 Wien  
Tel. 0043/1/876 05 01  
Fax 0043/1/315696-1  
email: [oeko-invest@teleweb.at](mailto:oeko-invest@teleweb.at)



## BAYER und die Krise, Teil III

# „Die heutigen Strukturen wird man nicht erhalten können“



*Während der Leverkusener Multi die Beschäftigten im Zuge des Krisenmanagements auf weitere Zumutungen einstellt und die Politik zu weiteren Zugeständnissen bewegt, schaut er schon in die Zukunft. Und die sieht selbst dann alles andere als rosig aus, wenn der „Aufsetzpunkt“ einmal erreicht ist. „Die heutigen Strukturen jedenfalls wird man so lange nicht erhalten können“, prophezeit BAYER-Chef Werner Wenning und kündigt „langfristige Kapazitätsanpassungen“ an.*

Von Jan Pehrke

BAYERs Weg durch die Krise dürfte für die Belegschaft noch steiniger werden. Die bisherige Marschroute, die sich an einem Gewinn-Rückgang von fünf Prozent orientiert, stößt auf große Hindernisse. Als „zunehmend ambitioniert“ hat BAYER-Chef Werner Wenning diese Leitlinie deshalb auf der Hauptversammlung im Mai bezeichnet. Und als „zunehmend herausfordernd“ beurteilte der Konzern diese Ende Juni.

Das liegt vor allem an der Situation bei der Kunststoffsparte des Konzerns; die Pharma- und die Landwirtschaftsabteilungen legten dagegen im ersten Quartal 2009 noch einmal kräftig zu und steigerten den Umsatz gegenüber dem Vorjahr um drei bzw. sieben Prozent. BAYER MA-

TERIAL SCIENCE (BMS) hatte Auftragseinbrüche um bis zu 33 Prozent und entsprechend hohe Umsatz-Verluste zu verzeichnen. Deshalb blieb es nicht bei der „Kürzerarbeit“ ohne Lohnausgleich. So mussten die BMS-Beschäftigten bei den Bonus-Zahlungen mehr Verzicht üben als ihre KollegInnen aus der Pharma- und Landwirtschaftssparte. Am Standort Brunsbüttel stimmte der Betriebsrat überdies einer viele Einschnitte vorsehenden Betriebsvereinbarung zu. Sie umfasst unter anderem die Vernichtung von 100 Arbeitsplätzen und die Überführung von Werksschutz, Feuerwehr und Sicherheitszentrale in das schon jetzt auf dem Gelände aktive VEREINIGTE SICHERHEITSUNTERNEHMEN (VSU). Die 56 Betroffenen

gehören zwar vorerst weiter zu BMS, aber ihnen blüht eine Ausgliederung auf Raten. Von Tarifrunde zu Tarifrunde haben sie Lohnverzicht zu üben, bis sie bei acht Prozent unter dem Chemie-Tarif punktlanden. Und nicht genug damit, kommt auf die verbliebenen Belegschaftsangehörigen zudem noch eine Flexibilisierungsoffensive zu. Auf der Hauptversammlung forderten AktionärInnen bereits eine Trennung vom Kunststoff-Geschäft. Doch davon will der Vorstand vorerst nichts wissen.

## Langfristige Folgen

Aber am betriebsbedingte Kündigungen eigentlich ausschließenden „Standortsicherungsvertrag“ rütteln die Manager-

Innen bereits. „Absolut ausschließen“ mochte Wenning eine solche Maßnahme nicht. Und der Personalvorstand Richard Pott bekannte zwar, alles daran zu setzen, es dazu nicht kommen zu lassen, gab aber zu bedenken: „Allerdings müssen wir unsere gesellschaftliche Verantwortung mit den betrieblichen Interessen in Einklang bringen“. Für seinen Chef indes gibt es keinen Unterschied zwischen BAYER-Wohl und Allgemeinwohl. „Es gehört nun einmal zum Verantwortungsbewusstsein der Unternehmen, international wettbewerbsfähige Renditen zu erzielen“, erklärte er in der *Welt*.

Und aus diesem „Verantwortungsbewusstsein“ heraus droht die Kürzarbeit bald in veritable Kurzarbeit zu münden. An den französischen BAYER-CROPSCIENCE-Standorten stehen zudem Fusionierungen von Geschäftsteilen mit dem Synergie-Effekt „Arbeitsplatzvernichtungen“ an. Richtig düster sieht es allerdings erst für die Zukunft aus. Der Leverkusener Multi hält nämlich bereits nach dem „Aufsetzpunkt“ des Konjunktur-Einbruchs Ausschau und überlegt, wie es von da aus weitergehen wird. Bergauf führt dieser Weg aus der Talsohle für die BAYER-Angestellten nicht. „Außerdem gilt es zu klären, welche Strukturen kurzfristig benötigt werden, wenn vielleicht erst in fünf Jahren das Nachfrage-Niveau vor Ausbruch der Krise erreicht werden kann. Die heutigen Strukturen jedenfalls wird man so lange nicht erhalten können“, meint Wenning und spricht von „langfristigen Kapazitätsanpassungen“.

Der neue Standortsicherungsvertrag, der 2010 in Kraft tritt, soll dafür schon einmal Vorsorge treffen. Wie der BAYER-Chef auf der Hauptversammlung kundtat, müssen die Beschäftigten dann für den Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen einen noch höheren Preis zahlen als bisher. „Mehr Flexibilität - bei den Löhnen, bei den Arbeitszeiten und bei den Einsatzorten“, nannte der Vorstandsvorsitzende als Bedingung für eine Neuauflage.

### IG BCE willig

Die IG BERGBAU, CHEMIE, ENERGIE (IG BCE) erträgt all diese Zumutungen mit Engelsgeduld. Die Gewerkschaft weicht in der Krise nicht von ihrem Schmusekurs ab und betreibt bei BAYER, wo der IG BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoldt im Aufsichtsrat sitzt, und anderswo unverdrossen weiter „Co-Management“.

„Sozialpartnerschaftliches Miteinander ist Voraussetzung, in den Unternehmen

schwierige Zeiten bestmöglich zu bewältigen“, erklärt sie. Weil der Kapitalismus-Kongress des DGB, der Mitte Mai in Berlin stattfand, diesem netten Miteinander keinen Platz einräumen wollte, nahm Schmoldt gar nicht erst teil. Dort sollte das grundsätzliche Scheitern des Systems dargestellt werden, empörte er sich und blieb zuhause.

Mit umso größerer Energie macht die IG BCE sich zu Lasten ihrer Mitglieder im Reparaturbetrieb nützlich und segnete beispielsweise in Brunsbüttel die Rationalisierungsmaßnahmen ab. Und das alles noch nicht einmal zähneknirschend, sondern jubilierend. „Wir haben bewiesen, dass der Standort, den manche schon auf dem Abstellgleis sahen, zurück im Geschehen ist“, sagte der Betriebsratsvorsitzende Hans-Joachim Möller zum unfeierlichen Anlass.

Die von der IG BCE veröffentlichte „Entschließung zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik“ klingt fast schon wie ein Stück von BAYER. Einen Rettungsschirm für die „Opfer der Krise“, die Realwirtschaft“, fordern Schmoldt & Co. da, zudem eine Stärkung der „industriellen Basis der Wirtschaft“, eine verbesserte steuerliche Abzugsfähigkeit von Forschungsaufwendungen und eine Entlastung der strom-intensiven Branchen.

### BAYERs Wunschzettel

Eben eine solche Entlastung verlangt der Leverkusener Multi seit längerem. Auch für Forschungssubventionen streitet der Gopal Player selber vehement. „Stärker mit Forschung - mit einer steuerlichen Förderung aus der Krise“ ist sein neuester

Wunschzettel überschrieben, den er ganz unverblümt „Politikbrief“ nennt. „Im Unterschied zu klassischen Konjunkturmaßnahmen wirkt dieses Instrument (...) nachhaltig und macht Deutschland fit für die Zeit nach der Krise“, empfiehlt sich Werner Wenning da als Wirtschaftsweiser.

Sorge bereitet dem Unternehmenslenker auch die Situation bei den Banken, weshalb er beim Krisengipfel, zu dem Angela Merkel eingeladen hatte, die Behebung der Kreditklemme anmahnte. Für den Chemie-Multi wird nämlich das Geld teurer. Der Konzern hat zwar mit der Unternehmensanleihe eine Alternative zum Bankenschalter, aber er muss den AbnehmerInnen deutlich mehr Zinsen auszahlen als früher, bei der neue Anleihe vom März diesen Jahres schon 4,6 Prozent.

BAYERs Lobbyclub, die „Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ (BDA), hat derweil in ihrer Publikation „Die Krise bewältigen“ ein „Belastungsmoratorium“ verlangt und einen Maßnahmen-Katalog vorgestellt. So schlägt der BDA vor, die Sozialversicherungsbeiträge von den Löhnen abzukoppeln, auf ein Prämiensystem umzustellen und ansonsten die „Eigenverantwortung“ zu stärken. Darüber hinaus plädiert die Interessensvertretung für „anpassungsfähige Arbeitsverträge“, mehr Öffnungsklauseln in den Tarifverträgen, weniger Mitbestimmung und gar keinen Mindestlohn.

### Die Erfüllung

Ein von BAYER und vom BDA geäußerter Wunsch war der Regierung schon Befehl: Die Anhebung der Zinsschranke. Fortan dürfen die Unternehmen wieder Zinsen



**W&F**  
Wissenschaft und Frieden ■ 2/2009  
Mal - 27. Jahrgang - 7,90 € - G 13009

**Ressourcen:  
Ausbeutung,  
Krieg, Elend**

- Von Fischen, Fischern und Piraten
- Rohstoffkonflikte in China und Indien
- Scharzkammer Arktis?
- »Nachgang« zum Georgien-Krieg

Die Schwerpunkte unserer nächsten Hefte lauten:

3/2009 **Zivil-militärische Zusammenarbeit in Deutschland**

4/2009 **Machtpoker um (in) Zentralasien**

1/2010 **Intellektuelle und Krieg**

2/2010 **Ambivalenzen im Islam**

**W&F** erscheint vierteljährlich mit einem Umfang von 80-100 Seiten und kostet im Jahresabo 30 € (20 € für StudentInnen, Arbeitslose etc., 60 € als Förderabo, 35 € als Auslandsabo)

**Probeexemplare/Bestellungen:**  
W&F · Beringstr. 14 · 53115 Bonn  
Tel: (0170) 215 63 46 · E-Mail: buero-bonn@wissenschaft-und-frieden.de  
www.wissenschaft-und-frieden.de

## Echo

P. L., Österreich: Respekt und Hochachtung vor Ihrer Arbeit (...). Ohne sie würden wahrscheinlich weitaus mehr Verbrechen verschleiert werden können.

T. W.: Ich bin froh, dass es euch gibt, dass ihr wenigstens ein bisschen diesen Verbrechern auf die Füße treten könnt.

A. S., USA: Danke für alles, was ihr tut, um BAYER zu beobachten!

H.-J. U. (zur BAYER-Kooperation mit der Uni Köln): Wieder mal ein Fall von Marktradikalismus - wie das gesamte Pinkwärtsche „Hochschulfreiheitsgesetz“.

## CBG bei der Arbeit



Im letzten Jahr hat BAYERs Saatgut-Beizmittel PON-

CHO ein verheerendes Bienensterben ausgelöst. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) hegte den Verdacht, dass der Agro-Riese diese Gefahr bei den Genehmigungsbehörden heruntergespielt hat und verlangte gemeinsam mit anderen Gruppen in einem Offenen Brief an das „Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit“ (BVL) die Herausgabe der Zulassungsunterlagen. Der Leverkusener Multi legte umgehend Widerspruch ein. Die Behörde gab diesem jedoch nicht statt und erklärte das Begehren der CBG für zulässig. Nach Meinung des BVL besteht ein berechtigtes öffentliches Interesse an den Dokumenten. Im Juni ruderte die Behörde nach einer erneuten Intervention von BAYER zurück und gewährte nun eine Einsichtnahme in die Unterlagen.

bis zu einer Höhe von drei Millionen Euro von der Steuer absetzen und Gewinne ins Ausland verlagern, während die Belastungen im Lande bleiben. Der Leverkusener Multi verfuhr etwa bei firmen-internen Geschäften und beim Erwerb einer ROCHE-Sparte so. In Basel ansässig und steuerpflichtig, tauchte diese bei den hiesigen Finanzämtern nur als Kostenfaktor auf, weil BAYER die fälligen Zinsen für den zum Kauf nötigen Kredit steuerlich geltend machte.

Die SPD sperrte sich lange gegen die 60 Millionen Euro teure Regelung. „Mit einer Lockerung der Zinsschranke wäre nur einigen wenigen leistungsstarken Unternehmen, nicht aber dem breiten Mittelstand geholfen“, gaben etwa Reinhard Schulz und Gabriele Frechen zu bedenken. Aber sie konnten sich nicht durchsetzen. Während die USA gerade Steuer-schlupflöcher schließen und die Abgabenlast für im Ausland erzielte Gewinne erhöhen, was die US-amerikanische BAYER-Niederlassung und andere Multis postwendend zu einem vor zukünftigen Wettbewerbsnachteilen warnenden Protestbrief bewog, drückte Merkel die Vorlage durch.

Zudem gestatten ChristdemokratInnen und SozialdemokratInnen und SPD BAYER & Co. wieder Verlustvorträge, wenn diese sich auf Einkaufstour begeben und sich neue Firmen zulegen. Dann haben sie zukünftig wieder die Möglichkeit, aktuelle Verluste mit früheren Gewinnen zu verrechnen und so Steuerrückzahlungen zu erhalten. Die GroßkoalitionärInnen fanden sogar einen schönen Namen für diese BAYER-Beglückung: „Bürgerentlastungsgesetz“!

Und während im Krefelder Chemie-„Park“ des Agro-Riesen der Leerstand durch die Insolvenz der früheren BAYER-Tochter TRONOX zunimmt, erhält der Leverkusener Chemie-„Park“ mit freundlicher Unterstützung des Konjunkturpakets II Zuwachs. BAYER TECHNOLOGY SERVICES (BTS) greift aus dem Topf fünf Millionen Euro für die Errichtung eines Technologie-Zentrums ab, das der Konzern gemeinsam mit der Universität Dortmund zu betreiben gedenkt.

Aber auch fernab der Heimat tut die rot-schwarze Koalition so einiges für BAYER & Co. Die neue Fördergesellschaft „Germany Trade and Invest“ betätigt sich als Botschafter der Unternehmen und arbeitet daran, ihnen besseren Zugang zu den in anderen Ländern aufgelegten Konjunkturpaketen zu verschaffen.

## Kleine Kröten

So gereicht die seit 1929 größte Krise des Kapitalismus ausgerechnet den KapitalistInnen zum Vorteil. Um die Absurdität dieser Entwicklung ein wenig zu konterkarieren, muss das Kapital ein paar wenig kapitale Eingriffe erdulden. In den Steueroasen kann es sich womöglich bald nicht mehr ganz so ausgiebig tummeln. Ein neuer Gesetzesentwurf legt den Unternehmen Mitwirkungspflichten auf, wenn diese in Staaten geschäftlich tätig sind, deren Steuerpolitik nicht den Standards der „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ (OECD) entspricht. Zu den auf der schwarzen Liste der OECD aufgeführten Staaten zählt wg. besonders günstiger Konditionen nebst äußerster Diskretion beispielsweise Belgien. Dort hat BAYER INTERNATIONAL seinen Sitz und wickelt Zins-Transaktionen und andere Finanz-Operationen ab. Da in dem Nachbarland keine Körperschaftssteuern anfallen, zahlte die Gesellschaft im Jahr 2002 für einen Gewinn von 96 Millionen Euro nur Abgaben in Höhe von 580.000 Euro. Eine Steuerquote von 0,61 Prozent, ob die Bundesregierung da wohl Klärungsbedarf sieht?

BAYER & Co. wollen solche Fragen gar nicht erst aufkommen lassen und opponieren gegen die Vorschläge. Diese „verletzen in bedenklicher Weise rechtsstaatliche Grundsätze“, meinen die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft, wo es doch gerade Länder wie Belgien sind, die in Tateinheit mit den Multis steuersparende Ausnahmestände schaffen. Diese werden aber wohl bald wieder in das internationale Regelwerk überführt. Belgien beugte sich nämlich politischem Druck und kündigte an, ab 2010 das Bankgeheimnis ein wenig zu lüften und den ausländischen Behörden Informationen über das Treiben ihrer Klientel zur Verfügung zu stellen.

Überdies plant die Regierungskoalition ein neues Regelwerk für Spitzen-ManagerInnen. Sie hat vor, den Wechsel vom Vorstands- zum Aufsichtsratsposten im gleichen Unternehmen ebenso zu erschweren wie die Auszahlung von Boni und den Aufsichtsrat dazu zu verpflichten, in bestimmten Fällen Vorstandsgehaltskürzungen vorzunehmen. Zudem sollen die Bosse künftig im Rahmen einer Haftpflichtversicherung vermehrt mit eigenem Vermögen für eventuelle Missetaten haften. Da sah die Deutschland AG im Allgemeinen und seine Personifikation im Besonderen - BAYERs Oberaufseher Manfred Schneider mit

seinen insgesamt fünf Aufsichtsratsmandaten - rot. Der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) mahnte den Bundestag, keiner „gesetzlichen Manifestation dieses Pauschalverdacht“ Vorschub zu leisten, und Schneider & Co. schrieben einen Brandbrief an die „Sehr geehrte Bundeskanzlerin“. „Wir warnen nachdrücklich davor, unternehmerische Entscheidungen wie die Gestaltung von Vorstandsverträgen zu vereinheitlichen“ hieß es darin. Das werde der „komplexen Unternehmenswirklichkeit“ nicht gerecht, beklagten die Bestverdiener. Als „Zeichen unveränderter Ignoranz“ bezeichnete der SPD-Politiker Joachim Poß das Schreiben, und sein CDU-Kollege Otto Bernhardt reagierte ähnlich verständnislos. „Für mich ist der Brief der Beweis, dass viele Wirtschaftsbesitzer sich weit von der Realität entfernt haben“, so der Finanzexperte. Was hätten Bernhardt und Poß wohl zu Schneiders Verhalten auf der letzten BAYER-Hauptversammlung gesagt? Dort antwortete dieser auf die Frage, ob er bereit wäre, die ManagerInnen-Gehälter auf das 20fache eines BAYER-Durchschnittslohnes zu beschränken, schlicht, er lehne solche „statistischen Grenzen“ ab.

### „Keine Fehler“

Für Werner Wenning ist die ganze Diskussion nur Ausdruck von Populismus. „Auf BAYER und auch auf den Großteil der Realwirtschaft bezogen, sehe ich in der Tat keine entscheidenden Fehler“, sagte er in einem *Welt*-Interview. Dabei hängen Real- und Finanzwirtschaft eng zusammen, und gerade Wenning steht dafür. Die BAYER-Oberen haben immer die jeweiligen kapitalistischen Kulturen wiedergespiegelt. Saßen einst noch Chemiker wie Herbert Grünewald dem Multi vor, so folgten darauf Diplom-Kaufleute und Betriebswirtschaftler, und mit Werner Wenning gelangt erstmals ein Finanzexperte auf den Chefsessel. Damit tat der Konzern dem finanzmarkt-getriebenen Kapitalismus von heute Genüge. „Als ausgewiesener Finanzfachmann besitzt er hohe Akzeptanz auf den internationalen Kapitalmärkten“, strich BAYERs Stelle für „Investor-Relations“ zum Führungswechsel dann auch gleich die Kern-Kompetenz des neuen Mannes heraus. Sein Vorgänger Manfred Schneider hatte mit den Finanzinvestoren und Pensionsfonds-VertreterInnen, die sich zunehmend in die Geschäftspolitik einmischten, noch so seine liebe Not. Aber Wenning hat den Konzern schon vor

seinem Karrieresprung konsequent auf die Bedürfnisse der Finanzmärkte umgestaltet. So führte er beispielsweise vor über zehn Jahren das Wertmanagement ein, die konsequente Ausrichtung jeder Unternehmenshandlung, jedes Beschäftigten auf die Steigerung des Aktienkurses. Auch den - inzwischen rückgängig gemachten - Börsengang in den USA trieb er maßgeblich voran. Als Vorstandsvorsitzender bestand dann eine seiner ersten Amtshandlungen darin, aus BAYER eine Holdung zu machen, um „Werttreiber und Wertvernichter noch leichter identifizieren zu können“. Und mit der Chemie-Sparte hatte er bald auch schon einen „Minderleister“ identifiziert. Im Jahr 2003 trennte sich das Unternehmen von diesem Geschäft und gab damit dem Druck der Kapitalmärkte nach, dem Manfred Schneider noch lange widerstanden hatte.

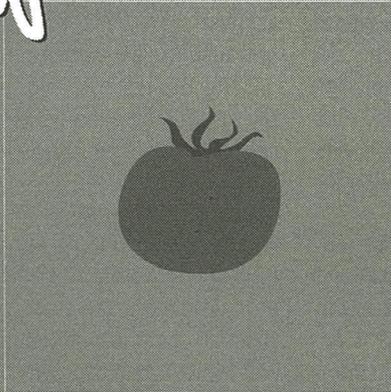
Die Realwirtschaft leidet also zusehends unter Realitätsverlust, weshalb BAYER ein Teil des Problems ist, das die Wirtschaft gerade zu Lasten der Beschäftigten zu lösen versucht, damit alles noch ein bisschen kapitalistischer wird. „Wir brauchen mehr Markt und nicht weniger“, so klingt das aus Wennings Mund.

Die Herbstausgabe

DAS FEMINISTISCHE BLATT

**WIR FRAUEN**

27. JAHRGANG  
HERBST 2008  
ISSN 0278-5083  
€ 3,-



**ZUKUNFT DER BEWEGUNG**  
WAS KOMMT NACH DEN ALPHAMÄDCHEN?

[www.wirfrauen.de](http://www.wirfrauen.de)

# ABO

- Ich möchte die Zeitschrift **kennen lernen**. Bitte schicken Sie mir **2 Ausgaben für 3,50 Euro** in Briefmarken.
- Ich möchte ein **Abonnement**, 4 Ausgaben jährlich, für **15,00 Euro**.
- Ich möchte kostenfrei die **Newsletta** per E-Mail abonnieren.

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Datum und Unterschrift \_\_\_\_\_

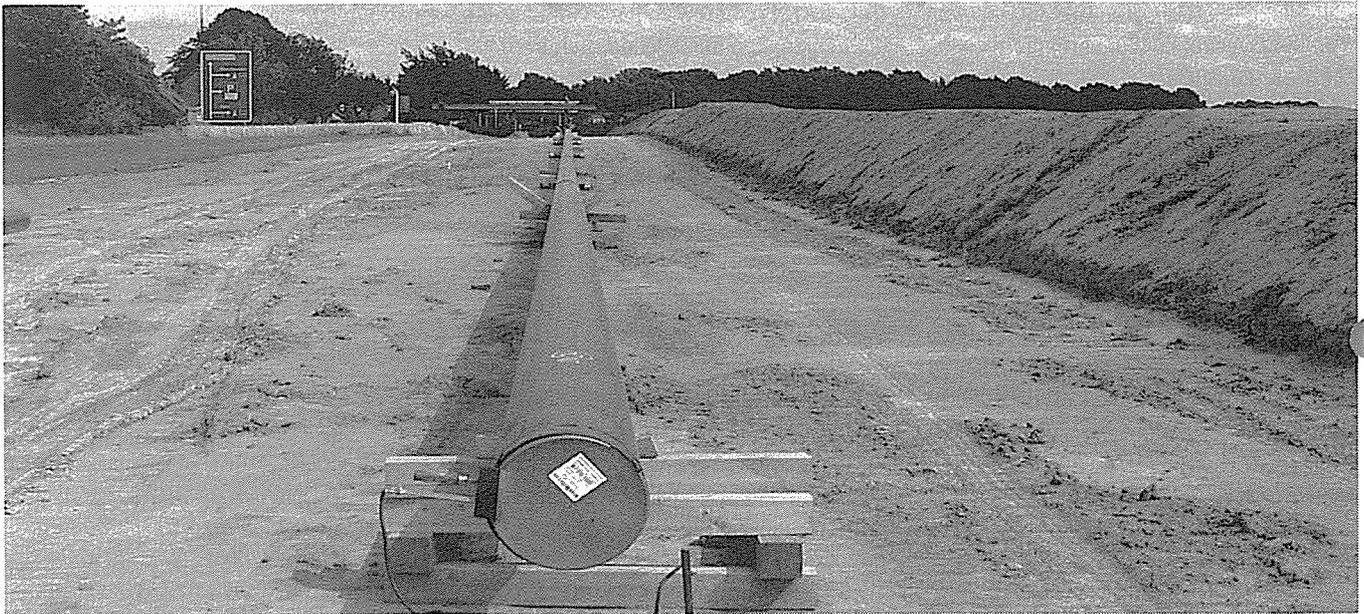
Telefon-Nummer \_\_\_\_\_

E-Mail-Adresse \_\_\_\_\_

Die Ausgaben (36 Seiten) erscheinen jeweils im März, Juni, September und Dezember. Bitte mit vollständiger Adresse und Tel.-Nr. senden an: **WIR FRAUEN e.V.** – Verein zur Förderung von Frauenpublizistik, Rochusstr. 43, 40479 Düsseldorf.

## Vorzeitige Inbetriebnahme abgelehnt

# Rohrkrepierer CO-Pipeline?



Guckt BAYER bald in die Röhre?

Ende Mai 2009 lehnte das Düsseldorfer Verwaltungsgericht BAYERs Antrag auf vorzeitige Inbetriebnahme der Kohlenmonoxid-Pipeline ab.

Von Jan Pehrke

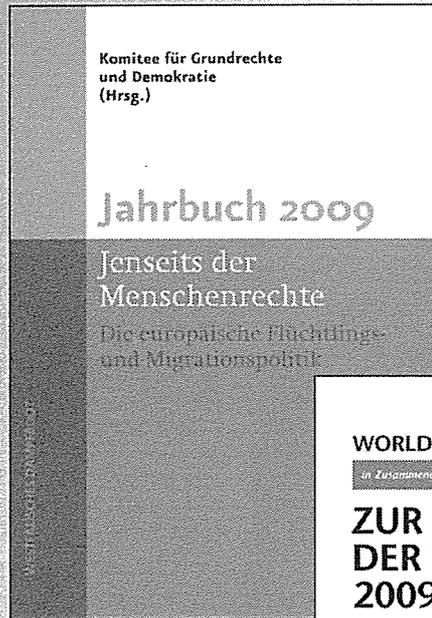
„Mit Beschluss vom heutigen Tage, der den Verfahrensbeteiligten soeben bekannt gegeben wurde, hat die 3. Kammer des Verwaltungsgerichts Düsseldorf den Antrag der Firma BAYER MATERIAL SCIENCE AG auf Inbetriebnahme der bereits weitgehend fertiggestellten CO-Pipeline abgelehnt. Damit bleibt deren Betrieb weiterhin untersagt. Nach eingehender Prüfung im vorläufigen Rechtsschutzverfahren ist das Gericht zu dem Ergebnis gelangt, dass sich die Sicherheitslage durch die Änderungsbescheide der Bezirksregierung Düsseldorf vom 2. und 3. März 2009 nicht verbessert, sondern verschlechtert hat“, so lautet die Begründung für das „Nein“ der RichterInnen zum BAYER-Begehren einer vorzeitigen Inbetriebnahme der Kohlenmonoxid-Pipeline. Die JuristInnen verwiesen dabei auf solche „Planungsanpassungen“ (0-Ton BAYER) wie den Verzicht auf ein oberflächennahes Warnband, die Reduzierung der Breite der Abschirmungs-

matten von 80 auf 60cm und die an manchen Stellen nur 5,6 statt - wie ursprünglich vorgesehen - 6,3mm dicken Rohre. Von einem „entscheidungserheblich“ abgesenkten Sicherheitsniveau spricht das Gericht in diesem Zusammenhang. Das von BAYER eingebrachte Gutachten des TÜV Hessen hatte vor der Düsseldorfer Kammer ebenfalls keinen Bestand.

„Zum Nachweis der weiterhin bestehenden Sicherheit für gänzlich unverwertbar“ hielten die VerwaltungsrichterInnen die Expertise. Auch der Auftritt des TÜV-Sachverständigen bei einem anberaumten Erörterungstermin erbrachte nichts Werthaltigeres. „Dieser war durch einen hohen Grad an Identifikation mit dem Vorhaben geprägt“, befanden die JuristInnen angesichts von Statements wie „Wir bauen sicher“. Aber wie sollte der TÜV auch objektiv sein, schließlich gehörte BAYER im Jahr 1949 doch zu seinen Gründungsmitgliedern!

BAYER reagierte verschnupft auf die Entscheidung. „Wir bedauern den Eilbeschluss“, erklärte ein Konzern-Sprecher und kündigte eine Überprüfung des Urteils an. Die Bezirksregierung, die eilfertig ihr OK zu allen Pipeline-Schlängenlinien gab, sah sich dagegen Rechtfertigungsdruck ausgesetzt. „Unsere Genehmigungen basieren auf den Urteilen anerkannter Sachverständiger. Von ‚Abnicken‘ kann keine Rede sein“, so die Abteilungsleiterin Elke Bartels, die ebenso wenig wie der Leverkusener Chemie-Multi von dem umstrittenen Projekt ablassen will. Aber die nächste juristische Hürde ist schon in Sichtweite. Im Sommer wird ein Urteil des Oberlandesgerichts Münster in Sachen „Pipeline“ erwartet. Und ein neues politisches Hindernis stellt sich dem Konzern auch in den Weg. Die NRW-Landesregierung will nämlich ein Sicherheitsgutachten in Auftrag geben, was die Inbetriebnahme bis 2012 verzögern dürfte.

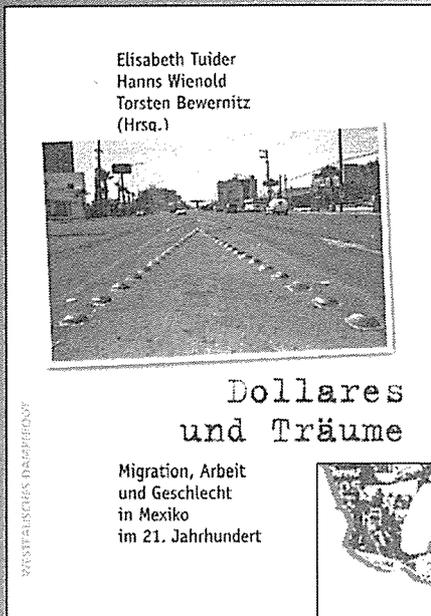
VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



2009 - 280 S. - € 19,90



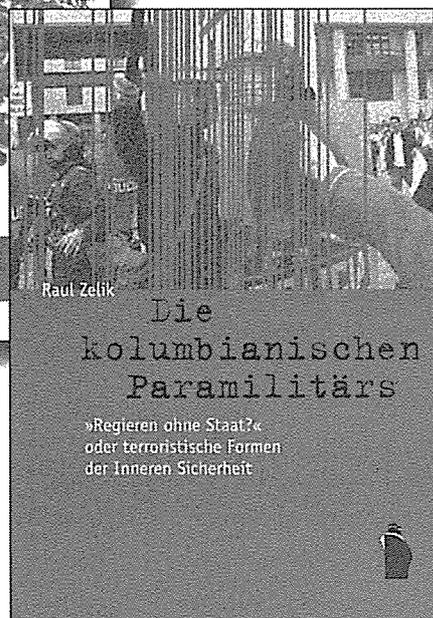
2009 - 318 S. - € 19,90



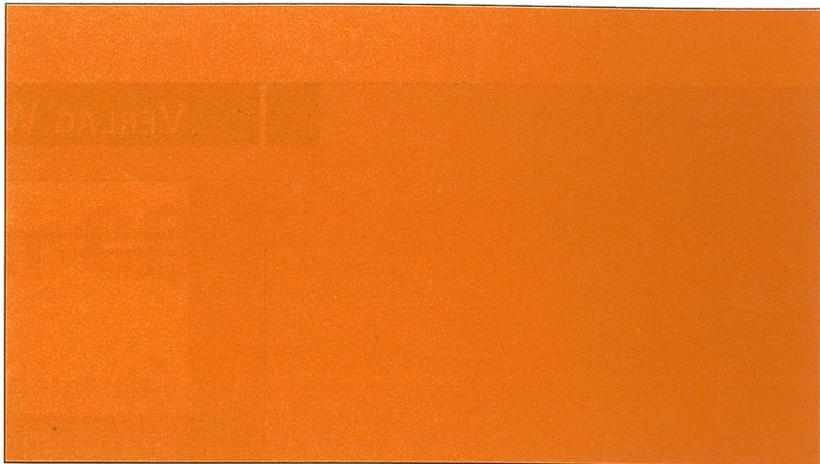
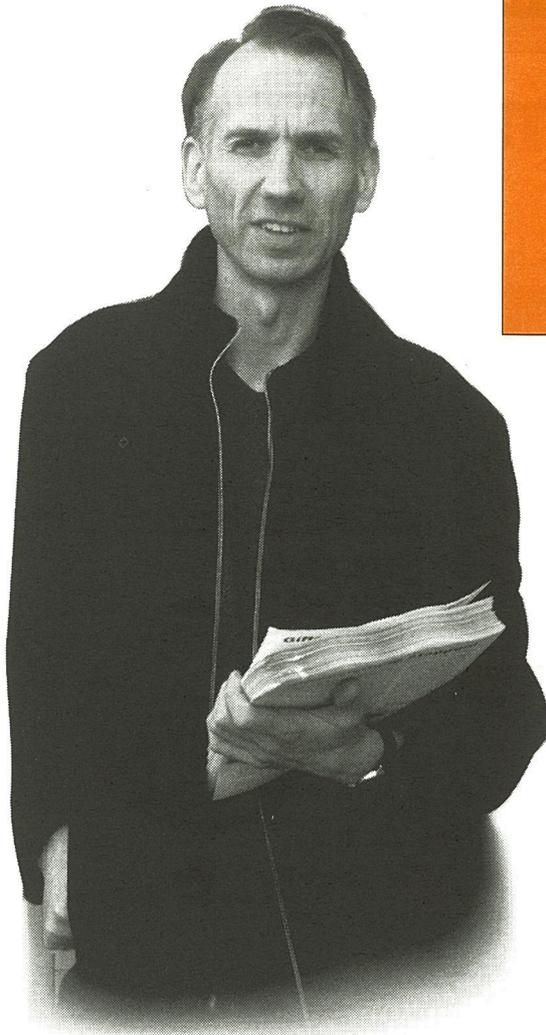
2009 - 317 S. - € 27,90



2009 - 576 S. - € 39,90



2009 - 352 S. - € 29,90



*Mein Name ist Jan Pehrke.*

Ich bin Redakteur von STICHWORT BAYER (SWB), weil ich dem milliarden-schweren Propaganda-Apparat der multinationalen Konzerne publizistisch etwas entgegensetzen möchte.

STICHWORT BAYER (SWB) ist weltweit das einzige Magazin, das über die Machenschaften eines großen multinationalen Konzerns berichtet. Jede Kritik an BAYER trifft die internationale Konzernmacht insgesamt.

**STICHWORT BAYER (SWB) ist ein starkes Stück Gegenöffentlichkeit. SWB ist wirksame demokratische Kontrolle von unten.**

Jede Ausgabe von SWB verursacht hohe Kosten. Und das, obwohl die Arbeit zum größten Teil ehrenamtlich erledigt wird und sich auch mein Honorar in engen Grenzen hält. Es gibt keine Werbemilliarden und keine Millionenaufgaben, die eine wirtschaftliche Produktion von (SWB) ermöglichen.

Aber: SWB erscheint trotzdem seit 1982 regelmäßig. Möglich ist das einzig aufgrund der Solidarität der LeserInnen und AbonnentInnen, die sich im **SWB-Förderkreis** zusammengefunden haben.

**Damit STICHWORT BAYER (SWB) auch weiterhin erscheint und entsprechend Wirkung gegen Konzernmacht entfaltet, bitte ich Sie: Stärken auch Sie den SWB-Förderkreis. Werden Sie Mitglied im SWB-Förderkreis.**

Mit Soli-Grüßen  
Ihr Jan Pehrke



**Ja, ich werde Mitglied des SWB-Förderkreises mit einem selbst festgelegten Jahresbeitrag von**  Euro (Voraussetzung ist ein SWB-Abo bzw. eine Mitgliedschaft bei der CBG).  
Der Beitrag soll  
 monatlich       halbjährlich  
 vierteljährlich       jährlich abgebucht werden.

**Ja, ich möchte SWB stärken und bestelle zusätzlich**  Exemplare (Voraussetzung ist ein SWB-Abo bzw. eine Mitgliedschaft bei der CBG. Vorzugspreis je Heft 1,50 Euro (Verkaufspreis 8 Euro)).

**Ja, ich abonniere STICHWORT BAYER (SWB) zum Preis von** (mind. 30 Euro im Jahr)  Euro

**Ja, ich helfe mit einer Spende an den Stichwort BAYER Förderkreis**  Euro

**Absender**

Name, Vorname

Straße, Hausnr.      PLZ, Ort

Fon/Fax      eMail

**Lastschrift** Bitte buchen Sie meinen Beitrag / meine Abogebühr / meine Spende ab wie folgt

Konto-Nr.      Bankleitzahl

Geldinstitut

Beruf      Geburtsjahr      Datum/Unterschrift

**STICHWORT BAYER Förderkreis**  
 Postfach 15 04 18  
 40081 Düsseldorf  
 Fon 0211 - 33 39 11  
 Fax 0211 - 33 39 40  
 eMail CBGnetwork@aol.com



*Für wirksame Konzernkritik und demokratische Gegenöffentlichkeit.*